

ZIVILER BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

ZB



31. DEZ. 1962



Der beste Freund des Menschen ist der Hund. Seine Intelligenz und sein unübertrefflicher Spürsinn machen ihn nach entsprechender Ausbildung zu einem wichtigen Helfer für die dem Selbstschutz gestellte Rettungsaufgabe. (Zu unserem Bericht auf Seite 24.)

- Die Raketen im Karibischen Meer
- 1962 — Jahr des Selbstschutzes
- In Trümmern gibt es keine Spuren
- Der Zivilschutz im Lande Israel

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern
vom Bundesluftschutzverband
Nr. 12 • Dez. 1962 • 7. Jahrgang
Preis des Einzelheftes DM 1,50



Das Modell eines Kugelschutzbaues aus Stahlbeton, den ein Hamburger Konstrukteur entwickelt hat, ist auf der ständigen Ausstellung des Bundesluftschutzverbandes in Hamburg-Klein Borstel zu sehen. Die Kugel hat einen Durchmesser von 3 Meter und bietet Platz für 12 Personen. Sie soll sich, wenn die Entwicklung abgeschlossen ist, dadurch auszeichnen, daß sie in Einzelteilen hergestellt und leicht und bequem transportiert werden kann.

Die Sauerstofflanze dringt durch härtesten Eisenbeton wie durch flüssige Lava. Sauerstoff wird unter 23 atü durch ein nahtloses Rohr gejagt, entzündet sich an der vorher mit einem Schweißbrenner glühend gemachten Rohrspitze und entwickelt eine Hitze von über 2000 Grad. Unser Bild: Öffentliche Vorführung durch das Technische Hilfswerk in Nürnberg.

ZB
in
Bild



Nicht jeder wagt den rettenden Sprung in das bereitgehaltene Sprungtuch der Feuerwehr. Auch der Abstieg über die ausgefahrene Leiter ist nicht beliebt. Viele Menschen, denen die Feuerwehrmänner Rettung bringen wollen, sind zu solch turnerischen Leistungen auch nicht fähig. Der Nürnberger Oberfeuerwehrmann Eugen Koch hat darum mit seinem Kollegen Fritz Mösel (Foto links) einen neuartigen Rettungsschlitten entwickelt. Auch für Bergung aus engen Schächten eignet sich das Gerät. Bei der Vorführung bewies der Schlitten seine Zweckmäßigkeit.



INHALT

ZB im Bild	II
Was lehrt Kuba?	1
Raketenfestung im Karibischen Meer	2
Schlagartig wurde es anders	4
Der BLSV in Deutschlands jüngster Stadt • Selbstschutzwoche in Dudweiler	6
Staatsminister Alfons Goppel: „Wir müssen unser Herz investieren!“ • Zur 6. Arbeits- tagung des Hauptpersonalrates des BLSV	7
Der Blick zurück • Ziviler Bevölkerungsschutz im Jahre 1962	8
Ziviler Bevölkerungsschutz in Israel	10
Um jeder Not Herr zu werden	14
Als zum erstenmal „Feuer vom Himmel“ fiel	16
BLSV-Stand auf der ostbayerischen Wirt- schaftsmesse	17
Versorgung aus der Luft • Hubschrauber als Mädchen für alles	19
Neue Bücher	21
Dr. Heinrich Weitz †	22
LS in Salzburg	22
Sirensignale	23
In Trümmern gibt es keine Spuren	24
Stadt im Stahlgewitter (Schluß)	26
Landesstellen des BLSV berichten	30
ZB-Jahresregister 1962	III

Herausgeber: Bundesluftschutzverband, Köln

Chefredakteur: Fried. Walter Dinger, Redakteure: Heinrich Deurer, Helmut Freutel, alle in Köln, Merlostraße 10-14, Tel. 7 01 31. Druck, Verlag und Anzeigenverwaltung: Münchner Buchgewerbehaus GmbH, München 13, Schellingstraße 39-41, Tel. 22 13 61. Für den Anzeigenteil verantwortlich: O. Lederer. Z. Z. gilt Anzeigenpreisliste 3/D. Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Bei Einsendungen Rückporto beifügen. Für unverlangte Beiträge keine Gewähr. — Photomechanische Vervielfältigungen für den innerbetrieblichen Gebrauch nach Maßgabe des Rahmenabkommens zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie gestattet. Als Gebühr ist für jedes Blatt eine Wertmarke von DM —.10 zu verwenden. — Diese Zeitschrift erscheint monatlich. Einzelpreis je Heft DM 1.50 zuzüglich Porto (Österreich: ÖS 10.—, Schweiz: Fr. 1.80, Italien: L. 250). Abonnement: vierteljährlich DM 4.50 zuzüglich DM 0.09 Zustellgebühr. Bestellungen bei jedem Postamt oder beim Verlag.

Was lehrt **Kuba**?

Dr. Scho. Es wäre gewiß viel schöner, nie wieder, nach alledem, was hinter uns liegt, vom Zivilschutz bzw. Selbstschutz reden zu müssen. Unserer Generation ist das Geheul der Sirenen noch zu frisch in Erinnerung, und noch hat sie nicht die Schrecken und Ängste vergessen, die sie in den Bombennächten durchmachte. Aber hat nicht vor wenigen Wochen die Kubakrise bewiesen, daß urplötzlich in unserer zerspaltenen Welt sich die Gegensätze so zuspitzen können, daß mit einem bewaffneten Zusammenstoß der gegnerischen Fronten gerechnet werden muß? Darum hat die Welt, haben wir, den zivilen Bevölkerungsschutz bitter nötig, viel nötiger als je zuvor.

Es ist darum zu begrüßen, daß nunmehr auch große Publikationsorgane in dankenswerter Weise sich für den zivilen Bevölkerungsschutz interessieren und ihre große Leserschaft ansprechen, sich mit den Aufgaben und Notwendigkeiten des Bevölkerungs- und Selbstschutzes zu befassen. — So veröffentlichte die in Köln erscheinende „Neue Illustrierte“ (Ausgabe Nr. 45 vom 11. November 1962) ein ganzseitiges, eindrucksvolles Bild, das auf die Wichtigkeit einer planvollen Vorratswirtschaft hinweist. Ein überlegter Vorratskauf gehört mit zum Selbstschutz. Die Aussage des illustrierten Blattes: „Eine Eiserne Ration gehört in jede Familie; sie kann eines Tages zum Lebensretter werden...“, sie ist im Ernstfall unbezahlbar“, ist richtig. Schon seit Jahren hat der BLSV diese Ansicht vertreten.

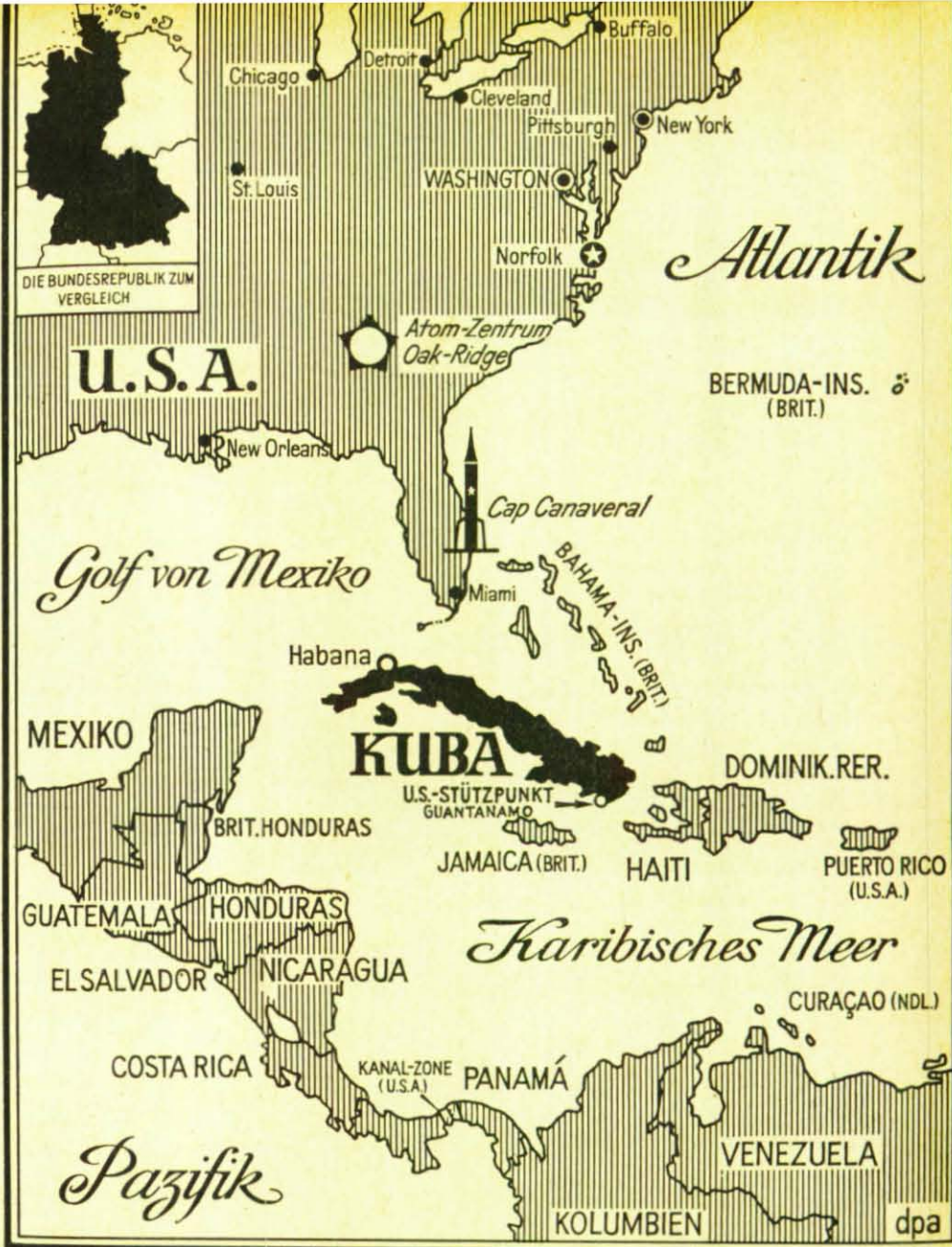
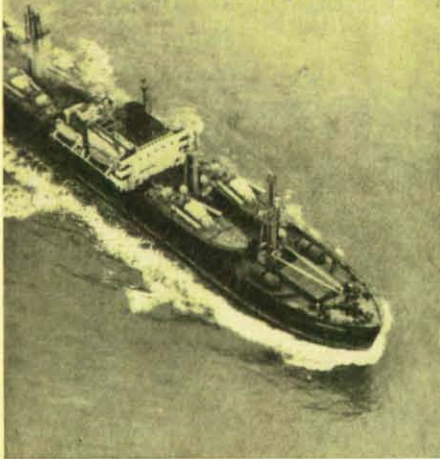
Wir dürfen nicht inmitten von Gefahren sorglos in den Tag hinein leben. Wir müssen für die Stunden der Not, die hoffentlich nie eintreten, rechtzeitig vorsorgen und Schutzmöglichkeiten schaffen. Für diesen Schutz müssen wir alle sorgen. Es darf sich keiner dem Vorwurf aussetzen, nichts oder nicht genug für sich und seine Angehörigen getan zu haben. Zwar gibt es gegen atomare und andere neuzeitliche Angriffswaffen keinen sicheren, absoluten, immerhin jedoch einen weitgehenden relativen Schutz. Deswegen aber zu resignieren und auf jeglichen Schutz überhaupt verzichten zu wollen, wäre unverantwortlich. Sollen wir Schutzmaßnahmen unterlassen, nur weil sie nicht hundertprozentig sind? Wo gibt es denn im menschlichen Leben überhaupt eine vollkommene Sicherheit?

Das „Schweizer Journal“, ein Blatt des seit Jahrhunderten neutralen und von kriegerischen Verwicklungen verschont gebliebenen Landes, schrieb schon vor langer Zeit: „Wer nie etwas über den Zivilschutz gehört hat, nicht über die notwendige Ausrüstung verfügt und die wichtigsten Handreichungen nicht kennt, um sich und seinen Angehörigen Leben und Gut zu retten, wird ein willenloses Opfer der Panik, die alles mitreißt und Schrecken und Elend anrichtet. Wenn der Angreifer dazu noch weiß, daß wir über keinen wirksamen Zivilschutz verfügen, dann weiß er auch, wo die schwache Stelle unseres Widerstandes ist. Mit allen Mitteln wird er dann seine Angriffe gegen die schutzlose Bevölkerung richten.“

* * *

Die Ausführungen auf den folgenden Seiten, die dem „United States Information Service“ entnommen sind, zeigen, wie „ungewöhnlich und einzigartig“ die sowjetischen Raketenabschussbasen auf Kuba, deren Existenz die Welt in eine gefährliche Krise stürzte, waren. Das Vorhandensein dieser Waffen verpflichtet jede verantwortungsbewußte Staatsführung und jeden verantwortungsbewußten, freien Staatsbürger, alle Chancen zu nutzen, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, um im Falle eines von uns nicht gewollten Ernstfalles oder bei Katastrophensituationen gewappnet und gerüstet zu sein. Wer jedoch den zivilen Bevölkerungsschutz, den Selbstschutz und die Mitarbeit in ihm ablehnt, will offenbar nicht die gegebenen Tatsachen anerkennen. — Wie sagt schon ein Sprichwort: „Wem nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen!“

Der 7148 Tonnen große russische Frachter „Kolkhoznik“ mit vier Torpedobooten an Bord ist auf dem Wege nach Kuba.



RAKETENFESTUNG IM KARIBISCHEN MEER

Bei den von der Sowjetunion auf Kuba angelegten Raketenabschußrampen handelte es sich um die ersten zu offensiven Zwecken errichteten Raketenbasen, die außerhalb sowjetischen Territoriums mit sowjetischen Waffen bestückt waren und von sowjetischen Mannschaften und Spezialisten bedient wurden. Sie waren in ihrer Anlage und nach ihrem Zweck völlig verschieden von den NATO-Stützpunkten in der Türkei und in Italien. Es mag vielleicht manchem scheinen, die Atomwaffen auf Kuba und die in der Türkei und in Italien seien im wesentlichen ein und dasselbe. Daß dies nicht den Tatsachen entspricht, zeigt ein Blick in die Geschichte der Entwicklung und Entstehung dieser Basen. Im August 1957 berichtete die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur „TASS“ von der „erfolgreichen Erprobung einer interkontinentalen ballistischen Mehrstufenrakete“. Zwei Monate später erklärte der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow: „Ich glaube, ich verrate damit kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß wir jetzt alle Raketen

besitzen, die wir brauchen — wir haben Langstreckenraketen, Mittelstreckenraketen und Raketen für Nahziele.“

Wachsamkeit notwendig

Auf den ersten Blick möchte diese Erklärung nicht besonders bedrohlich erscheinen. Viele waren der Ansicht, daß es sich dabei nur um ein weiteres Beispiel sowjetischen Auftrumpfens mit ihrer militärischen Stärke handelte. Für die verantwortlichen Männer der verbündeten Westmächte jedoch, die sich über die Pläne und Ziele des Kommunismus durchaus im klaren waren, bedeuteten die Erklärungen mehr als bloßes Reden. Man erinnerte sich der sowjetischen Versuche im Jahre 1946, in Persien das Heft in die Hand zu bekommen, an den von den Kommunisten geführten Guerilla-Krieg in Griechenland, die Berliner Blockade, die Invasion in Süd-Korea und die kommunistischen Vorstöße nach Süd-Vietnam und Laos. Die Verbündeten der Vereinigten Staaten in Westeuropa wußten daher, daß gegen die Stärke des von Chruschtschow bekanntgegebenen Atomwaffenpotentials in irgendeiner

Form ein Gegengewicht geschaffen werden mußte — und zwar rasch.

Auf der Konferenz der Regierungschefs der NATO-Staaten im Dezember 1957 wurde die sowjetische Drohung erörtert. Man kam zu dem Entschluß, daß die NATO ihre modernsten und wirksamsten Abwehrwaffen aufbieten mußte, solange die Sowjetunion auch weiterhin drohte. Das bedeutete, die Vereinigten Staaten sollten — wie es in dem zum Abschluß der Dezemberkonferenz herausgegebenen Kommuniqué hieß — ballistische Mittelstreckenraketen „dem Befehl des Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa unterstellen“.

Nur Verteidigungsmaßnahmen

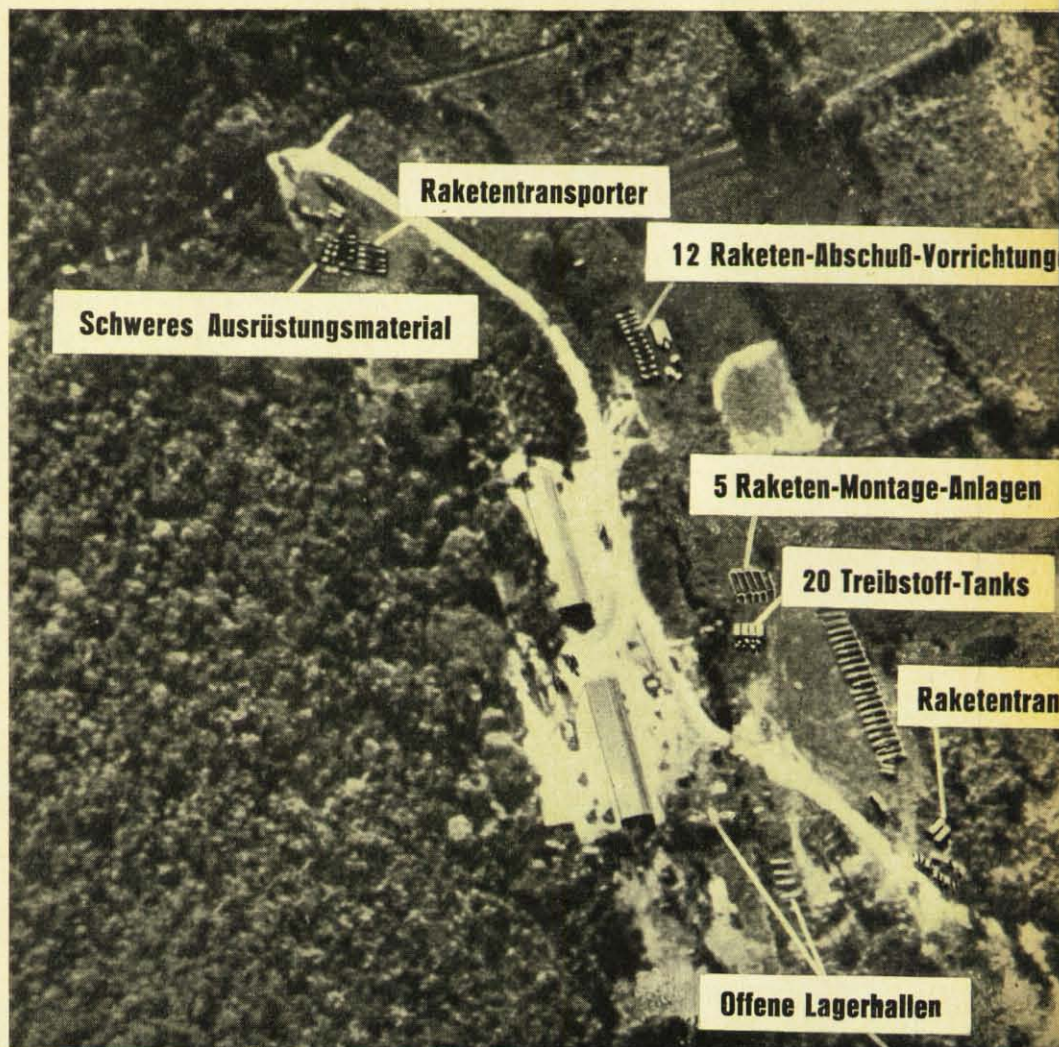
Daraufhin wurden mit der italienischen und türkischen Regierung Abkommen über die Errichtung von Raketenbasen in diesen Ländern geschlossen und die Welt über diese Maßnahmen unterrichtet. Die Raketenstützpunkte wurden weder in aller Heimlichkeit noch mit überstürzter Eile angelegt. Ministerpräsident Chruschtschow wußte davon. Er wußte, daß es sich um eine reine Ver-

teidigungsmaßnahme handelte, durch die das atomare Gleichgewicht in diesem Teil der Welt wieder hergestellt werden sollte. — Trotz allem, was von der sowjetischen Propaganda über die Ziele der NATO behauptet wurde, war sich Chruschtschow auch darüber im klaren, daß die NATO niemals einen offensiven Schritt getan hätte und daß sie nie über die Grenzen ihres Territoriums vorgestoßen war.

Gefährdung der Unabhängigkeit

Als die Sowjetunion daher in aller Hast und unter größter Geheimhaltung auf Kuba Abschubbasen für offensive Raketen mit großer Reichweite anzulegen begann, mußten die Vereinigten Staaten und die anderen im Feuerbereich dieser Raketen liegenden lateinamerikanischen Länder zu dem Schluß kommen, daß diese Abschubbasen aggressiven Zwecken dienen sollten.

Der amerikanische Chefdelegierte bei den Vereinten Nationen, Botschafter Adlai Stevenson, erklärte in seiner Rede vor dem Weltsicherheitsrat, warum die kommunistischen Raketenbasen auf Kuba die westliche Hemisphäre und die Welt — im Gegensatz zu den Stützpunkten in Italien und in der Türkei — in Alarm versetzen mußten. Bei den sowjetischen Raketen auf Kuba, so sagte Stevenson, handele es sich um Waffen, die „in ein bislang von dieser Gefahr freies Gebiet die Bedrohung durch Atombomben bringen — um Raketen, die die Sicherheit und Unabhängigkeit wehrloser Nachbarstaaten gefährden — die in aller Heimlichkeit aufgebaut wurden — und die den furchtbarsten Atomwaffenstützpunkt



Die Lage der Insel Kuba im karibischen Raum, benachbart von Ländern, die durch Mittelstreckenraketen von der Zuckerinsel aus schnell und mühelos erreicht werden könnten.

Ein sowjetischer Raketenstützpunkt auf Kuba. Die Aufnahme wurde vom US-Verteidigungsministerium am Abend des 23. Oktober 1962 veröffentlicht. — Die Kontrolle aller Schiffe mit Frachten für Kuba begann am 24. Oktober. — Eine entsprechende Proklamation wurde am Vorabend im Weißen Haus vom US-Präsidenten Kennedy unterzeichnet und bekanntgegeben.

in der Welt außerhalb der bestehenden Vertragssysteme entstehen ließen“. Eine Hilfe in dieser Form und mit dieser Zielsetzung, so betonte der amerikanische UN-Chefdelegierte, ist radikal verschieden von der durch die NATO-Stützpunkte gegebenen. Dieses lebensgefährliche Vordringen sowjetischer Macht in die westliche Hemisphäre mußte zumindest neutralisiert werden.

Kameras waren nicht zu täuschen

Dem Beschluß Präsident Kennedys, über Kuba eine Waffensperre zu verhängen, lagen die Auswertungsergebnisse tausender Luftaufnahmen zugrunde. Sie bewiesen eindeutig den Versuch der Sowjets, Kuba insgeheim zu einer Raketenfestung auszubauen. Den Schleier der Geheimhaltung haben amerikanische Flugzeuge mit hochempfindlichen Kameras zerrissen, die für ihre Aufklärungsflüge nicht einmal kubanisches Gebiet zu überfliegen brauchten.

Den Anstoß zu den Aktionen gaben besorgniserregende, jedoch unbestätigte Berichte von Flüchtlingen, die Wochen

vorher in den USA eingetroffen waren. Diese behaupteten, auf der Zuckerinsel sei man dabei, zahlreiche Raketenabschubrampen zu bauen. — Zwischen diesen ersten vagen Angaben und der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten vom 22. Oktober 1962 liegt die Bewältigung einer Detektivarbeit, die den Meistern des kriminologischen Erkennungsdienstes alle Ehre machen würde.

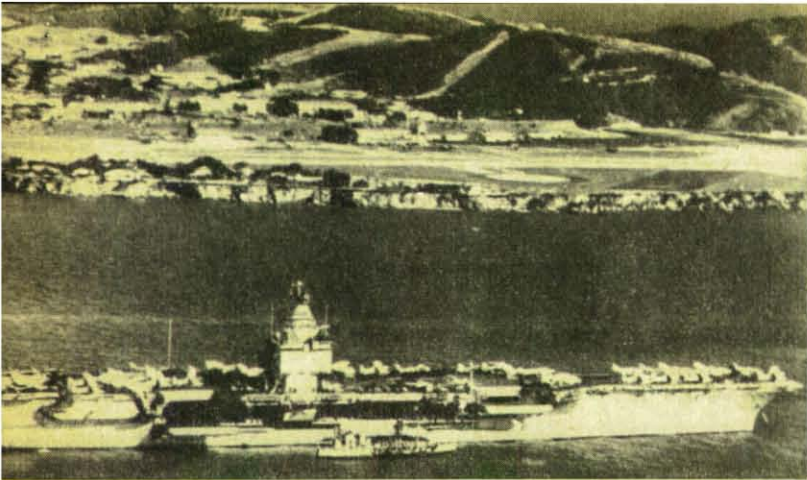
Erste Beweise

Die ersten Beweise lieferten Luftaufnahmen, die Patrouillenflugzeuge der US-Marine von sowjetischen Schiffen mit Kurs auf Kuba gemacht hatten. Die Bildauswerter entdeckten verdächtige Verschlänge auf den Decks dieser Schiffe. Als dann die ersten Landaufnahmen vorlagen, fiel es ihnen nicht allzu schwer, recht exakte Angaben über die Vorgänge auf der Zuckerinsel zu machen.

Luftfotografie und Luftbildauswertung

Die Luftfotografie und ihre „Partnerin“, die Luftbildauswertung, haben in

den letzten Jahren derart große Fortschritte gemacht, daß die Entdeckung einer Raketenbasis unter die beinahe schon einfachen Aufgaben gerechnet wird. Als optische Hilfsmittel bei der Auswertung dienen Vergrößerungsgeräte und Stereolinsen, die „plastisches Sehen“ ermöglichen und mit deren Hilfe sogar Höhe, Länge und Breite des fotografierten Gegenstandes genau angegeben werden kann. — Mit Rechenschieber und Kalibermaßstab wurden die Standardmaße der verschiedenen Objekte, beispielsweise der Lastenfahrzeuge oder der Normalbreite von Landwegen, unbefestigten und befestigten Straßen und Fernstraßen, untersucht. Vergleiche mit neuen Aufnahmen ließen sofort erkennen, ob und wie diese Wege ausgebaut und für besondere Zwecke verbreitert worden waren. Für die Bildschärfe und den Stand der Auswertungstechnik sei folgendes Beispiel angeführt: Geübte Auswerter sind in der Lage, auf Grund der Aufnahme von einem Weizenfeld aus 11 000 bis 13 000 Meter Höhe, genaue Angaben darüber zu machen, wie es um das Wachstum des Getreides und seinen



Der amerikanische Flugzeugträger „Enterprise“ auf der Reede vor dem US-Stützpunkt Guantanamo auf Kuba. — Der Stützpunkt wurde in höchste Alarmbereitschaft versetzt und seine Besatzung stark erhöht.

Reifstand bestellt ist und welcher Ernteertrag erwartet werden kann. Selbst abgestorbene und verdorrte Halme sind zu erkennen.

Technik der Aufnahmen

Die Luftbildtechnik bedient sich verschiedener Kamertypen, deren Namen dem Laien allerdings nicht viel sagen. Es gibt u. a. die Aufnahmemethode, die das „echte Senkrechtbild“ liefert. Die Kamera fotografiert genau senkrecht zur Erdoberfläche. Im allgemeinen kann man auf diesen Bildern die Einzelheiten des aufgenommenen Geländes genauer erkennen als auf sämtlichen anderen Luftbildern. — Das „geteilte Senkrechtbild“ entsteht mittels zweier Bildgeräte, deren Aufnahmerichtung leicht von der Senkrechten abweicht. Dadurch wird der Aufnahmebereich gegenüber dem echten Senkrechtbild vergrößert. Die Aufnahmeschärfe ist sehr gut. — Wieder andere Kameras liefern das sogenannte „Schrägbild“. Die genau in der Flugrichtung, aber schräg nach vorn gerichtete Kamera ermöglicht die fotografische Erfassung eines Ausschnitts der Erdoberfläche und der darauf errichteten Bauten in schräger Sicht.

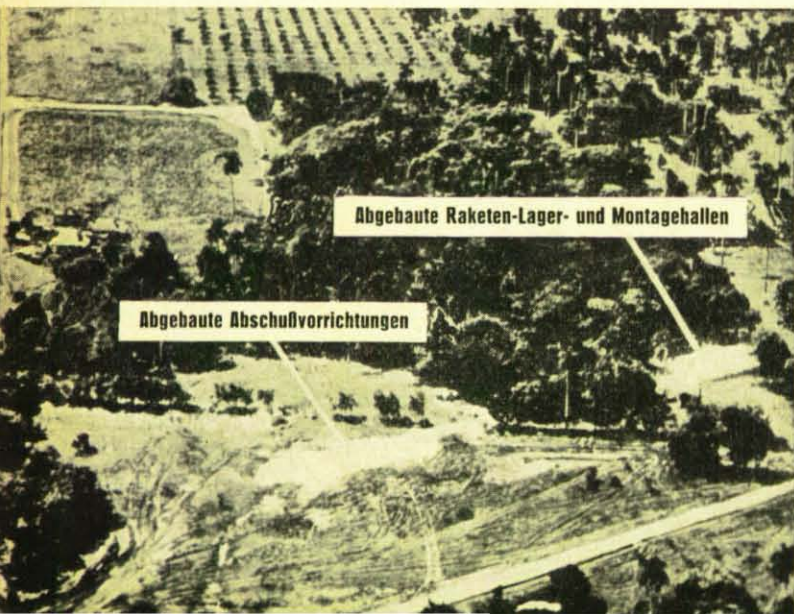
Eine Kombination dieser verschiedenen Aufnahmeverfahren führt zur sogenannten „Trimetrogon-Technik“ mit jeweils drei quer zur Flugrichtung aufgenommenen, sich überlappenden Bildern. Die beiden seitlichen Bilder sind von je einer um 90 Grad zur Flugrichtung nach links und rechts ausgeschwenkten Kamera aufgenommen; das mittlere Bild von einer Senkrechtkamera. Nebeneinander gelegt, ergeben die drei Bildstreifen ein Gesamtbild des Geländes von Horizont zu Horizont. Bei entsprechender Flughöhe kann jeweils ein Bildstreifen Objekte noch aus

etwa 160 km Entfernung aufzeichnen. Aus den in großer Entfernung von der kubanischen Küste gemachten Schrägaufnahmen identifizierten die Auswerter u. a. die an Raketenabschußrampen geparkten Lastwagen nicht nur nach Fabrikat und Baujahr, sondern sogar nach der Farbe ihres Anstrichs. Da Raketenwaffen für entferntere Ziele bedeutend größer sind als Lastwagen, waren die sowjetischen Raketen — ihrer äußeren Form nach auf Grund der Exemplare, die auf öffentlichen Paraden mitgeführt oder auf Fotos gezeigt worden waren — nicht unbekannt und verhältnismäßig leicht herausgefunden.

Sorgfältige Prüfung

Dennoch gaben sich die Auswerter mit den ersten Analysenergebnissen noch lange nicht zufrieden. Erst nach Gegenproben durch zahlreiche andere Spezialisten, nach der genauen Identifizierung von „Zubehör-Objekten“, wie Abschlußplattform, Bunkern, Kabelverbindungen zwischen den Bunkern und nach der nochmaligen Kontrolle, daß es sich um echte Raketenwaffen, nicht um Attrappen handelte, wurden die Bilder als Dokumente anerkannt.

Präsident Kennedy hatte auf Grund der Analysen der Bildauswerter den endgültigen und unwiderlegbaren Tatsachenbeweis in Händen, als er am Abend des 22. Oktober 1962 erklärte: „... In der vergangenen Woche haben eindeutige Beweise die Tatsache erhärtet, daß gegenwärtig eine Reihe offensiver Raketenabschußrampen auf dieser in ein Gefängnis verwandelten Insel vorbereitet werden.“ Die Bevölkerung der USA sprach sich bei einer Meinungsumfrage des Gallup-Instituts mit 84 v. H. für die Maßnahmen Kennedys aus. Dagegen waren 4 v. H., und 12 v. H. waren ohne Meinung.



Abgebaute Raketen-Lager- und Montagehallen

Abgebaute Abschlußvorrichtungen

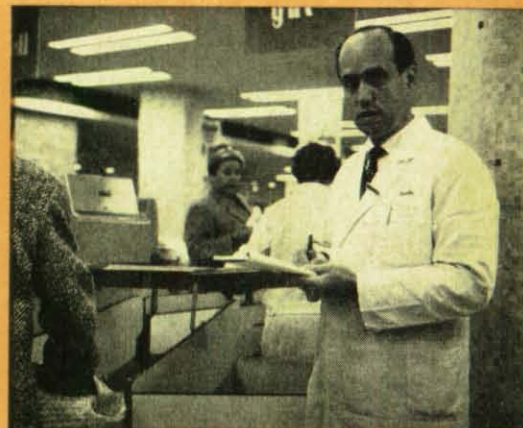
Eine völlig abgebaute sowjetische Raketenstellung bei der Stadt San Cristobal auf Kuba. — Seit dem 1. Nov. 1962 aufgenommene Aufnahmen zeigen, daß entscheidende Teile der Raketenbasen auf der Insel demontriert worden sind.

H. W. SUTTERLIN:

Das Jahr 1962 brachte vieles: Sturmflut, Berlinkrisen, einen verregneten Sommer, den Tod von Marilyn Monroe und auch den König auf dem Hafersack — die Aktion Eichhörnchen „Denke dran, schaff Vorrat an!“ Die Regierung mahnte, die Lebensmittelindustrie produzierte, erprobte neue Möglichkeiten, der Handel bot an, beriet und startete Sonderaktionen. Erfolg? „Nur negativ war der Effekt.“ Die mehr oder weniger praktisch verpackten Lebensmittel fanden kaum Beachtung bei der bundesdeutschen Käuferschaft. Schlagartig wurde es anders. Kuba, Raketenbasen, Kriegsgefahr — siehe da — manche Hausfrau wurde sehr schnell an ihren Hafersack erinnert. Einwände, wie keinen Platz, usw., schmolzen dahin wie Märzschnee.

Reinhold Kiwitz,

Filialeleiter eines großen Supermarktunternehmens in Bonn, schilderte mir seine Erlebnisse in den Krisentagen. Mittwoch, den 24. Oktober 1962: Schon kurz nach Geschäftseröffnung mußte ich verschiedene Regale in den Verkaufsräumen auffüllen lassen. Kunden mit Kassenrechnungen von 100 bis 150 DM waren keine Seltenheit. Wir hatten noch nie einen solchen Mittwoch-Umsatz. Allein 25 Tonnen Lebensmittel wurden vom Zentrallager nachgeliefert. Bei Fetten und Fleischkonserven eine fast 100%ige Verkaufssteigerung. Gewürze, Zucker, Reis und Hülsenfrüchte folgten in dichten Abständen. Käufer, die 20 Kilo Zucker, 10 Dosen Büchsenfleisch — sonst weniger verlangt — und große Mengen Öl nach Hause trugen, waren keine Seltenheit. Nicht dienen konnten wir mit dem von einer Kundin verlangten „Kölner Bif“. Diese gab sich aber — als einer Verkäuferin die Erleuchtung kam — auch mit dem als gleichwertig empfohlenen Corned beef zufrieden. Kurzzeitige Engpässe konnten wir schnell überbrücken und so sämtliche Wünsche befriedigen. Auffallend waren die vielen Käufer, die vordem noch nie — oder nur ganz selten — bei uns kauften. Ich hatte den Eindruck, daß man bei



Schlagartig wurde es anders!

EINE BETRACHTUNG ZUR KUBAKRISE IN WORT UND BILD

den „Vorratskäufen“ gerne in die Anonymität des Supermarktes ging. Das Abflauen der Krise normalisierte schnell die Umsätze. Es war auch höchste Zeit. Selbst bei unseren gut geführten und wohl sortierten Lagern hätte es zu größeren Nachschubschwierigkeiten kommen können.

Wie Sie aus den Worten von Herrn Kiwitt — ein Mann, der es wissen muß — ersehen, konnte unser Handel der Nachfrage dieses Mal noch gerecht werden. Wir sollten jetzt aber nicht in die alte Sorglosigkeit zurückverfallen und den König auf dem Hafersack einen alten, lieben, guten Mann sein lassen.

Horst W. Kupka,

24 Jahre, stud. med., Küdinghoven, Gerichtsweg 3: Mit Interesse verfolge ich das politische Tagesgeschehen. Als die Kubakrise begann, war mein erster Gedanke: „Ist und wie ist im Falle eines Krieges für die Zivilbevölkerung gesorgt!“ Es dürfte auf diesem Gebiet noch viel zu tun sein. Es ist höchste Zeit, daß das Problem „Ziviler Bevölkerungsschutz“ von unserem Parlament mit Nachdruck zu einer befriedigenden Lösung gebracht wird.



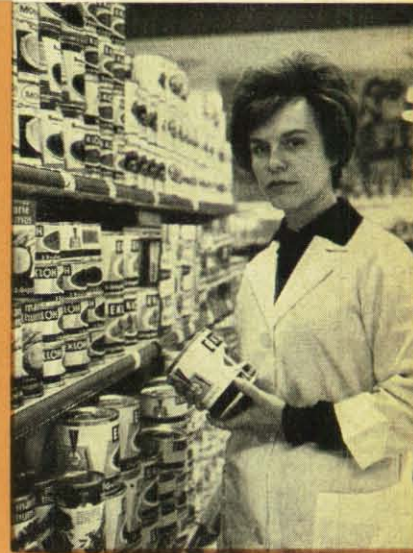
Frau Astrid Knost,

23 Jahre, Hausfrau, Beuel, Dixstraße 5a: Von der Kubakrise hören und meine Vorräte überprüfen, war für mich eines. Leider mußte ich dabei feststellen, daß ich doch manches verbraucht und nicht ergänzt hatte. Es ist ja diesmal noch gut gegangen, und ich konnte das Fehlende nachkaufen. Habe mir jedoch vorgenommen, wenn das Geld auch manchmal etwas knapp ist, daß mein Vorratsschrank jetzt immer gefüllt bleibt.



Herbert Pape,

57 Jahre, Leiter der BLSV-Ortsstelle Köln: Alle weltpolitisch kritischen Situationen haben in den letzten Jahren bewiesen, daß die Menschen sich bei drohender Kriegsgefahr an das Stiefkind Luftschutz erinnern. Daß unsere Mitbürger uns dann zu finden wissen, zeigt, daß die Arbeit des BLSV Früchte trägt. Hausfrauen, Ärzte, kurzum Menschen aller Berufe ließen sich zu Beginn der Kubakrise persönlich oder per Telefon über Bevorratung, LS-Hausapotheken, Schutzräume — besonders über behelfsmäßige Schutzräume — beraten. Die Anmeldungen für Grundlehrgänge und „Erste Hilfe“ erhöhten sich über Nacht um fast 50%.

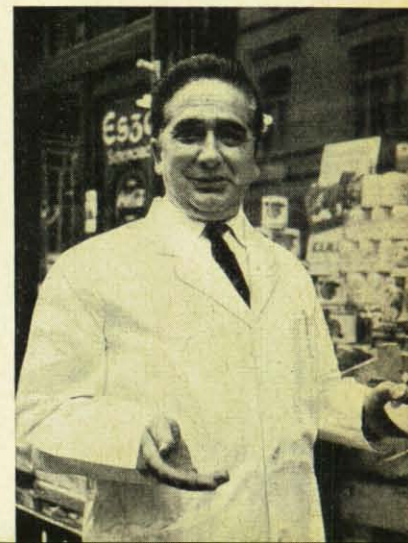


Frau Ilse Kirsch,

30 Jahre, Kassenaufsicht in einem großen Supermarkt, Köln-Ehrenfeld, Herbigstraße 41: Man könnte es fast einen Run nennen, der zu Beginn der Kubakrise auf Fette und Konserven einsetzte. Bemerkenswert war, daß hauptsächlich die gehobenen Qualitäten gekauft wurden.

Ludwig Waltherhöfer,

52 Jahre, Kaufmann, Köln-Ehrenfeld, Leydendecker Straße 113: In meinem Geschäft habe ich während der Kubakrise von Hortungskäufen nichts bemerkt. Ich möchte jedoch hinzufügen, daß ich fast ausschließlich über einen festen Kundenstamm verfüge. Nun weiß ich von meinen Kundinnen, daß sie zum großen Teil dem Ruf des Eichhörnchens schon vor längerer Zeit folgten und sich einen Grundvorrat anlegten. Es bestand für diese Hausfrauen also kein Grund zu überstürzten Einkäufen.





Schutz - Gemeinnutz

Das Leitbild der Selbstschutzwoche. In den Farben Blau-Weiß-Schwarz gehalten, verwies das Plakat die Einwohner Dudweilers immer wieder auf den Sinn der Veranstaltungsreihe.

Der BLSV in Deutschlands jüngster Stadt

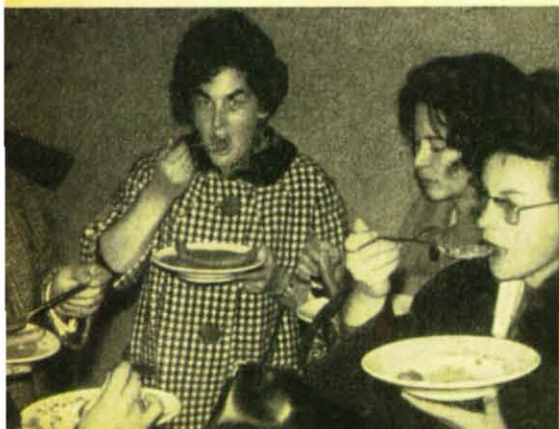
Selbstschutzwoche in Dudweiler



„Verletzte“, aus einer „Hausruine“ geborgen, wurden an Ort und Stelle von einer Laienhelferstafel versorgt. Ein Schminkmeister des Deutschen Roten Kreuzes hatte sie wirklichkeitstreu und eindrucksvoll „hergerichtet“.



Meterhoch schlugen die Flammen aus dem Dach. Aber es wird nur wenige Minuten dauern, bis die Kraftspritzenstaffel des Brandes Herr geworden ist. Unten: Auch Erbsensuppe und Würstchen können delikat sein.



Kurze Kommandos der Rettungsstaffelführer, geschäftiges Laufen der Laienhelferstafel, Rauchschwaden, die aus dem Brandhaus quollen und Gerüche aus einem Küchenwagen der Bundeswehr bildeten den Hintergrund zur Veranstaltung, die am 11. 11. 1962 im Gelände des Stadtbades in Dudweiler, Saarland, abließ. Die Ortsstelle Dudweiler im Bundesluftschutzverband endete ihre Selbstschutzwoche durch eine Großübung mit Ernstfallcharakter. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des BLSV, Ltd. Regierungsdirektor Wolfgang Fritze, F. W. Dinger, Chefredakteur der ZB, und Vertreter der Landesstellen Rheinland-Pfalz und Saarland waren Zeugen, wie die Helfer der Ortsstelle Dudweiler ihre Leistungskraft unter Beweis stellten. Leider konnte Freiherr von Leoprechting, Landesstellenleiter von Rheinland-Pfalz und Saarland, wegen schwerer Krankheit diese Übung nicht miterleben, die wie die Abschlußübungen anlässlich der Selbstschutzwoche in Dudweiler ein beachtetes Zeugnis dafür waren, wie schon mit einfachen, jedem zugänglichen Mitteln im Ernstfall geholfen werden kann.

Bereits 2 Wochen vor Beginn der Veranstaltung begannen verschiedene, parallelaufende Werbeaktionen. Leitbild der Woche war ein Punkt in einem Kreis, der das Individuum, mit einem Schutz umgeben, symbolisierte. In Postwurfsendungen, Zeitungsanzeigen, Werbeplakaten und Kinodias erschien dieses Leitbild immer wieder und wurde zum Sinnbild der Veranstaltung.

Volle 5 Tage, vom 7. bis 11. November, stand die jüngste Stadt der Bundesrepublik unter diesem Zeichen und der Forderung des Selbstschutzes.

Auftakt der Woche war die Pressekonferenz am 7. November, zu der Bürgermeister Mühlenberg alle führenden

Zeitung des Saarlandes eingeladen hatte. Er informierte die Reporter über Programm und Ziel dieser Selbstschutzwoche in seiner Stadt. Bei der guten Zusammenarbeit der Ortsstelle Dudweiler mit der Presse setzten sich auch alle Zeitungen für das Gelingen der Selbstschutzwoche ein. Gleichzeitig mit der Pressekonferenz begann in der Schule des Bundesluftschutzverbandes in Dudweiler der erste Tag der „offenen Schultür“. Die Helfer der Rettungsstaffel und des ABC-Trupps hatten ihre Geräte zur Besichtigung ausgestellt.

Am 8. November um 14.00 Uhr trat der Filmwerbewagen der Landesstellen Rheinland-Pfalz und Saarland an der Peripherie Dudweilers in Aktion. Für den Nachmittag hatte die Ortsstelle das größte Filmtheater der Innenstadt gemietet und führte in einer Nonstop-Vorführung Ausbildungs- und Werbe-filme des BLSV vor. Bei freiem Eintritt fand diese Veranstaltung regen Zuspruch. Ebenso wie am Vortage Rettungsstaffel und ABC-Truppe, hatte die Kraftspritzenstaffel der Ortsstelle ihre Geräte am zweiten „Schultag der offenen Tür“ ausgestellt. Der Tag klang aus mit einer Werbeveranstaltung in der Stadtmitte, bei der der Sachbearbeiter VI einen Vortrag hielt, der mit Filmstreifen veranschaulicht wurde. Der dritte Tag der Selbstschutzwoche hatte seinen Schwerpunkt in einem weiteren Stadtteil, in dem mit Filmwerbewagen und einer Aufklärungsveranstaltung für den Selbstschutz geworben wurde. Als letzte stellte die Laienhelferstafel der Ortsstelle Dudweiler — die Ortsstelle verfügt über eine komplett ausgerüstete Laienhelferstafel — ihre Geräte am dritten Tag der „offenen Schultür“ in der Ortsschule aus.

Der Samstag vor dem Abschlußtag sah

Bürgermeister Mühlenberg während einer Ansprache. Er bezeichnete die baldige Anlage von Schutzraumbauten als vordringlich. Daneben: Frau Mühlenberg, die Gattin des Bürgermeisters, hatte sich bereitwillig und energisch für die Belange der Selbstschutzwoche eingesetzt. Unser Bild zeigt die Erste Dame der jüngsten Stadt Deutschlands während der Ausgabe des Essens.



alle Filmvorführungen und Werbeveranstaltungen im Stadtzentrum konzentriert. Mit Lautsprechern wurden die Bürger aufgefordert, an eigens errichteten Ständen Essenmarken abzuholen, da es dem Bürgermeister im Verein mit dem Stab der Ortsstelle gelungen war, bei den Geschäftsleuten der Stadt durch einen Aufruf so viele Lebensmittel zu erhalten, daß es ohne weiteres möglich war, alle Besucher der sonntäglichen Veranstaltung zu einem kostenlosen Eintopfessen einzuladen.

Der 11. November war für die gesamte Ortsstelle ein Tag ununterbrochenen Einsatzes. Nach einer Aussprache mit dem „BLSV-Stab“ der Stadt Dudweiler gab Bürgermeister Mühlenberg einen Empfang zu Ehren der Vertreter der Bundeshauptstelle. Als Vertreter des Landkreises Saarbrücken überbrachte der Bürgermeister der Nachbarstadt Sulzbach die Grüße aller umliegenden Gemeinden. Nachdem sich Ltd. Regierungsdirektor Fritze für die freundliche Aufnahme in Dudweiler bedankt hatte, trug er sich in das goldene Buch der jüngst zur Stadt erhobenen Gemeinde ein. Als Andenken an diesen Tag überreichte ihm der Bürgermeister eine Wappenkachel der Stadt. Dann begab man sich in den Festsaal der Volkshochschule, um an der offiziellen Feier teilzunehmen. Neben Vertretern der Regierung, des Landtages, des Landkreises und der Schulbehörden waren alle saar-

(Fortsetzung auf Seite 30)

Staatsminister Alfons Goppel:

WIR MÜSSEN UNSER HERZ INVESTIEREN!

Zur 6. Arbeitstagung des Hauptpersonalrates des BLSV

Der bayerische Staatsminister des Innern, Alfons Goppel, in dessen vom Bombenkrieg schwer heimgesuchten Amtsgebäude, dem Odeon, der Hauptpersonalrat des BLSV seine 6. Tagung abhalten durfte, betonte nach einer Begrüßung durch Ministerialrat Dr. Herzog und den Vorsitzenden des Hauptpersonalrates E. Broders, daß auch die Kunststadt München von den Gefahren der Gegenwart wieder bedroht werde. Er fand herzliche Worte des Dankes für die Helfer im BLSV, die bereits ein großes Stück Arbeit geleistet hätten im Dienste der Nächstenhilfe. Selbstschutz und Gemeinschaftshilfe seien Probleme einer harten Notwendigkeit, und es müsse den Frauen und Männern im BLSV gedankt werden, daß sie bereit seien, sich den Gefahren — auch den grausigsten eines Atomkrieges — vorsorgend entgegenzustellen. Hierzu käme man nicht aus mit einem Gesetz allein: „Wir müssen unser Herz in diese Aufgabe investieren, den Verstand, das Herz, den Willen und die Bereitschaft!“ Die Mithilfe für den Nächsten dürfe niemals der Angst und der Furcht entspringen. „Wir

werden das 20. Jahrhundert gewinnen, wenn wir alle wie Sie arbeiten, und wir wollen hoffen, daß wir in einem vereinigten Deutschland vor den großen Gefahren bewahrt werden und daß es uns allen gelingen möge, nicht nur mit der Bombe zu leben, sondern die Bombe auch innerlich zu überwinden!“

Bereits vor 2 Jahren hatte der Minister seiner Hochachtung vor den Männern des BLSV Ausdruck verliehen, als er die Landesschule Bayern in Tutzing besuchte und sich vom Ausbildungsstand der Helfer überzeugte.

Ltd. Regierungsdirektor Fritze dankte zugleich im Namen des Hauptpersonalrates dem Minister für seine positiven Worte und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Minister dem BLSV bei der Anwendung des kommenden Selbstschutzgesetzes behilflich sein werde; denn dieses Gesetz stelle das Fundament der zukünftigen BLSV-Arbeit dar.

Die Stadt München gab für den Hauptpersonalrat des BLSV einen offiziellen Empfang im Rathaus, dem sich ein Gespräch im kleinen Kreise mit Oberbürgermeister Dr. Vogel anschloß.

Das spricht für BAUSTAHLGEWEBE :



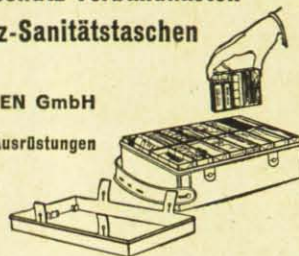
- Einbaufertige großflächige Matten
- + Fortfall der Schneide-, Biege- und Knüpfarbeit - Einfaches fehlerfreies Verlegen
- + Verkürzung der Bauernine
- + Schnelle Freistellung der Facharbeiter - Einsatz ungelernter Kräfte
- + Material-, Lohn- und somit Geldersparnis
- + Umfangreicher Informations- und Beratungsdienst

BAU-STAHLGEWEBE GMBH · DÜSSELDORF · BURGGRAFENSTR. 5
TELEFON 58 51 · FERNSCHREIBER 0858 2856

Luftschutz-Hausapotheken Luftschutz-Verbandkasten Luftschutz-Sanitätstaschen

W. SÖHNGEN GmbH
Spezialfabrik
für Sanitäts-Ausrüstungen

Wiesbaden-
Schierstein
Postfach 580



Einbanddecken

für Jahrgang 1962, Halb-
leinen, mit Rückenprägung

Preis DM 2.50 zuzügl. Porto

Auslieferung:
Ende März 1963

Bestellungen erbeten bis
28. Februar 1963

Münchner Buchgewerbehaus GmbH
8 München 13
Schellingstraße 39/41

Der Blick zurück

Ziviler Bevölkerungsschutz im Jahre 1962

Ein Jahr neigt sich seinem Ende zu. Es war ein Jahr, das für den zivilen Bevölkerungsschutz in der Bundesrepublik viele bedeutsame Ereignisse brachte. Werfen wir heute, an der Schwelle zum neuen Jahr, noch einmal einen Blick zurück, dann muß man sagen: Auch 1962 ist der zivile Bevölkerungsschutz ein beachtliches Stück weitergekommen.

Aufklärungsaktionen großen Stils und die nicht geringer werdenden internationalen Spannungen haben die Bevölkerung für die Probleme des zivilen Bevölkerungsschutzes zugänglicher gemacht. Es wurde viel unternommen, um die Zweifler zu überzeugen, die Ratlosen zu informieren, die Zögernden zum Mitmachen zu bewegen und die Mutlosen aufzurichten. Neue Wege der

Werbung wurden beschritten, neue Erkenntnisse gewonnen und in die Tat umgesetzt.

Die Bewährung

Nicht zuletzt waren es die Katastrophen von Luisenthal und Norddeutschland mit dem damit verbundenen großen Einsatz der Helfer des Selbstschutzes, die den eindeutigen Beweis erbrachten, daß der vom Bundesluftschutzverband aufgebaute und betreute Selbstschutz ein äußerst wirksames Instrument der Hilfeleistung bei allen Arten von Schadensfällen darstellt. Rund 5000 BLSV-Helfer und -Helferinnen waren damals größtenteils als Führungskräfte und Führungsgehilfen allein in Hamburg zusammen mit Tausenden von Männern, Frauen und Jugendlichen, die sich spontan freiwillig gemeldet hatten, überall dort tätig, wo es die Not erforderte. Nur zu Recht bezeichnete Hamburgs Innensenator Helmut Schmid den BLSV als Magnet und Sammelbecken. Viele, die bisher abseits gestanden hatten, erkannten erst durch diesen Einsatz den Wert des Selbstschutzes und waren fortan bereit, seinen Aufbau tatkräftig zu unterstützen.

Selbstschutzwochen brachten Helferzuwachs

Die Bevölkerung zur Teilnahme am Aufbau einer aktionsfähigen Selbstschutzorganisation zu bewegen, sie anzuregen, etwas für ihren Schutz in ihrem eigenen Lebensbereich zu tun, das war der tiefere Sinn der Selbstschutzwochen, die auch im vergangenen Jahr in vielen Städten der Bundesrepublik durchgeführt wurden. Durch eine Konzentration aller Werbe- und Aufklärungsmittel, über die der Bundesluftschutzverband verfügt, auf einen engen Raum, wurde jeweils eine tiefe, nachhaltige Wirkung erzielt. Der Erfolg der Selbstschutzwochen zeigte sich in dem sprunghaft ansteigenden Interesse der Öffentlichkeit an Selbstschutzaufklärung und an einer wachsenden Helferzahl.

Auch der Luftschutzhilfsdienst wirbt

So, wie der Bundesluftschutzverband für den Selbstschutzgedanken warb, so bemühten sich auch in allen Ländern der Bundesrepublik die für den Aufbau des Luftschutzhilfsdienstes verantwortlichen Behörden, der Öffentlichkeit ein Bild über den bisherigen Stand des Aufbaues und der Ausbildung des LSHD zu vermitteln. Durch großange-



Wie diese Schweizer Delegation, so waren 1962 viele andere Ausländer Gäste des BLSV.

legte Übungen und Aufmärsche mit Hunderten von LSHD-Einsatzfahrzeugen und Tausenden von Helfern war man bemüht, die Bevölkerung für eine aktive Mitarbeit an den vielfältigen Aufgaben zu interessieren.

Zum Mitmachen bereit

Fanden die meisten der bisher genannten Veranstaltungen des BLSV und des LSHD auch hauptsächlich in größeren und mittleren Städten statt, so wurde doch der Selbstschutz auf dem Lande keineswegs vergessen. Weil sich die Gefährdung der ländlichen Gebiete seit dem 2. Weltkrieg grundlegend geändert hat, wurden von Fachkräften des BLSV sogenannte Erprobungslehrgänge veranstaltet, die auch auf diesem Gebiet die Frage nach dem „Wie“ des Selbstschutzes beantworten sollten. Erprobungen, die bereits im Jahre 1961 begonnen hatten, wurden im Mai dieses Jahres im Landkreis Pfarrkirchen fortgesetzt und zum Abschluß gebracht. Die Durchführung der damit verbundenen Aufgaben stellte unter Beweis, daß die Bürger durchaus zum Mitmachen bereit sind, wenn sie den Sinn des Selbstschutzes erfaßt haben.

Luftschutz und Industrie

Auch maßgebliche Kreise der deutschen Wirtschaft schenken im Verlauf des Jahres den Problemen des zivilen Bevölkerungsschutzes besondere Beachtung. Anlässlich der diesjährigen Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT) in Bremen befaßten sich gleich drei promi-



Oben: Während und nach der norddeutschen Flutkatastrophe im Februar schlug für die Selbstschutzhelfer die Stunde der Bewährung. Unser Bild: Helfer bei der Schadensbeseitigung. Unten: In Schleswig-Holstein besuchten auch Ministerpräsident von Hassel (Mitte) und Ministerialrat Opalka (rechts im Hintergrund) die große LSHD-Übung im Mai dieses Jahres.



nente Redner mit dem Schutz und der Sicherheit der Gesamtwirtschaft im Verteidigungsfall. Die Reden, die der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags, Münchmeyer, der Bundesminister des Innern, Hermann Höcherl, und der Hauptgeschäftsführer Dr. Bielfeldt von der Handelskammer Hamburg hielten, wurden in Heft 79 der Schriftenreihe des DIHT veröffentlicht.

Auch aus dem Ausland

Zivilschutz-Fachleute aus verschiedenen europäischen Ländern kamen auch in diesem Jahre wieder in die Bundesrepublik, um sich hier vom Stand und den Planungen des zivilen Bevölkerungsschutzes zu überzeugen. Dadurch ergaben sich für Besucher und Gastgeber manch brauchbare Anregungen.

Verpflichtung zum Selbstschutz

Selbstschutz sollte, seinem Wesen nach, freiwillig sein, denn er entspringt dem natürlichen Willen des einzelnen, sein Leben und das seiner Familie zu erhalten. Wenn auch 60 Prozent der deutschen Bundesbürger, nach den diesjährigen Feststellungen eines namhaften demoskopischen Instituts, Maßnahmen für die Errichtung eines zivilen Bevölkerungsschutzes für notwendig halten und nur 21 Prozent anderer und der Rest ohne Meinung war, so fehlt es

Die im Jahre 1961 begonnenen Erprobungslehrgänge mit dem Ziel, die Wirksamkeit praktischer Selbstschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft zu überprüfen, wurden auch in diesem Jahre fortgesetzt. Unser Bild: Viehfutter wird zum Schutz gegen radioaktive Stäube mit Planen oder Tüchern abgedeckt.

doch noch immer an einer ausreichenden Zahl von Bürgern, die den Selbstschutz zu dem Instrument machen, das er sein müßte. Hierzu sagte Bundesminister des Innern, Hermann Höcherl, in seinem Artikel „Verpflichtung zum Selbstschutz“, veröffentlicht im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 17. 10. 1962 u. a.:

„Eine Staatsführung, die für den Schutz ihrer Bevölkerung im Krieg verantwortlich ist, kann an der Unvollkommenheit des freiwilligen Selbstschutzes nicht achtlos vorübergehen. Wenn das Beispiel weniger Einsichtiger nicht nachgeahmt wird, wenn die Aufrufe von Bund, Ländern und Gemeinden zum Selbstschutz unbeachtet bleiben, so muß sie an Stelle der Freiwilligkeit des Selbstschutzes eine allgemeine Verpflichtung des Bürgers setzen, sich ausbilden zu lassen und die nötige Ausrüstung zu beschaffen. Ich beabsichtige daher, der Bundesregierung binnen kurzem den Entwurf eines Selbstschutzgesetzes vorzulegen, durch das die Ver-



pflichtung zum Selbstschutz in Wohnstätte und Betrieb eingeführt wird.“

Der Entwurf dieses Gesetzes, durch das eine Notstandsverfassung in das Grundgesetz eingefügt werden soll, wurde inzwischen vom Bundeskabinett verabschiedet.

Wenn dieser Entwurf vom Bundestag und Bundesrat angenommen wird, so dürfte das neue Gesetz die wichtigste Grundlage für den zukünftigen Aufbau des Selbstschutzes in der Bundesrepublik sein.

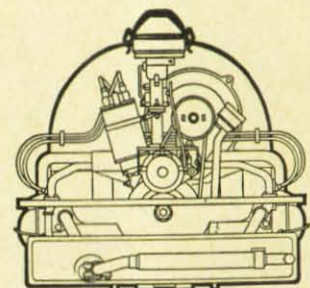
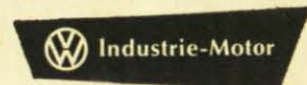


Sekunden entscheiden

wenn es irgendwo brennt. Schnelle und wirksame Brandbekämpfung durch tragbare Feuerlöschgeräte — ausgerüstet mit VW-Industriemotoren 1200 oder 1500 ccm.

Ihre Vorteile: robust und zuverlässig, wirtschaftlich im Verbrauch und anspruchlos in Wartung und Pflege.

VOLKSWAGENWERK AG



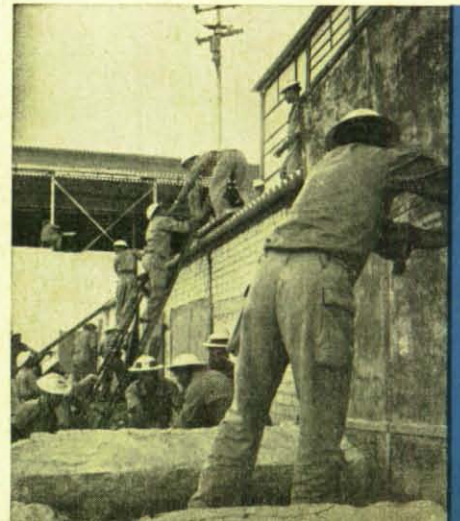


Alle Mann vor zum Löschangriff! Der Trupp im Vordergrund arbeitet sich mit Sprühstrahl näher an den Brandherd heran. Im Hintergrund wird die Leiter zum Dach angelegt.

ZIVILER BEVÖLKERUNGSSCHUTZ IN

ISRAEL

Aufbau und Besonderheit des Bevölkerungsschutzes (HAGA) im neuerrichteten Staate Israel sind durch geographische Gegebenheiten und von dem politischen Spannungsfelde diktiert. Bei seiner Gesamtbodenfläche von 20 700 Quadratkilometer stößt der Staat gegen einen ihm feindlich eingestellten Araberblock mit einer 951 km langen Landgrenze an. Für jede 22 Quadratkilometer des Hoheitsgebietes hat er eine Grenzlänge von einem Kilometer zu verteidigen. Nicht mitberechnet sind der westliche Mittelmeer-Küstenstreifen und die Südspitze des Territoriums in der Aqababucht.

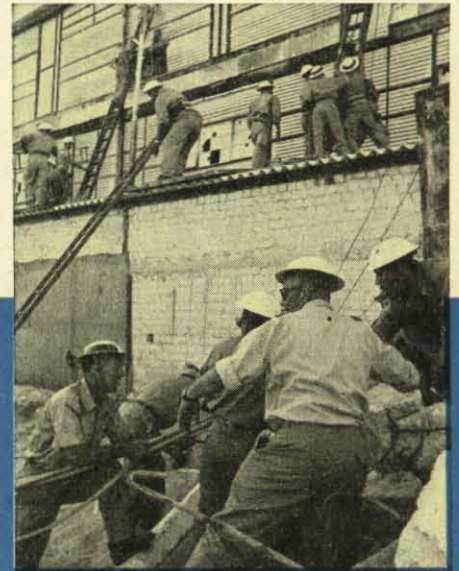




Bergung aus der Höhe. Bezeichnend ist, daß die Israeli auf die Verwendung von Puppen verzichten. Die Ausbildung wirkt lebensecht.



Hier wird ein Verschütteter aus Trümmern geborgen. Der Mann ist fest auf der Krankentrage angebunden. Bald ist er in Sicherheit.



Auch hier zeigt sich, daß während der Übungen unter den einzelnen Trupps ein echter Wettstreit in der Schnelligkeit entstehen kann.

Entscheidend für die Organisation der HAGA ist der Mangel an Landesbreite sowie das Fehlen eines deckenden Hinterlandes — also Umstände, die vor allem Evakuierungsmöglichkeiten beschränken. Auch wird nur der Einsatz von herkömmlichen Kampfmitteln vor-

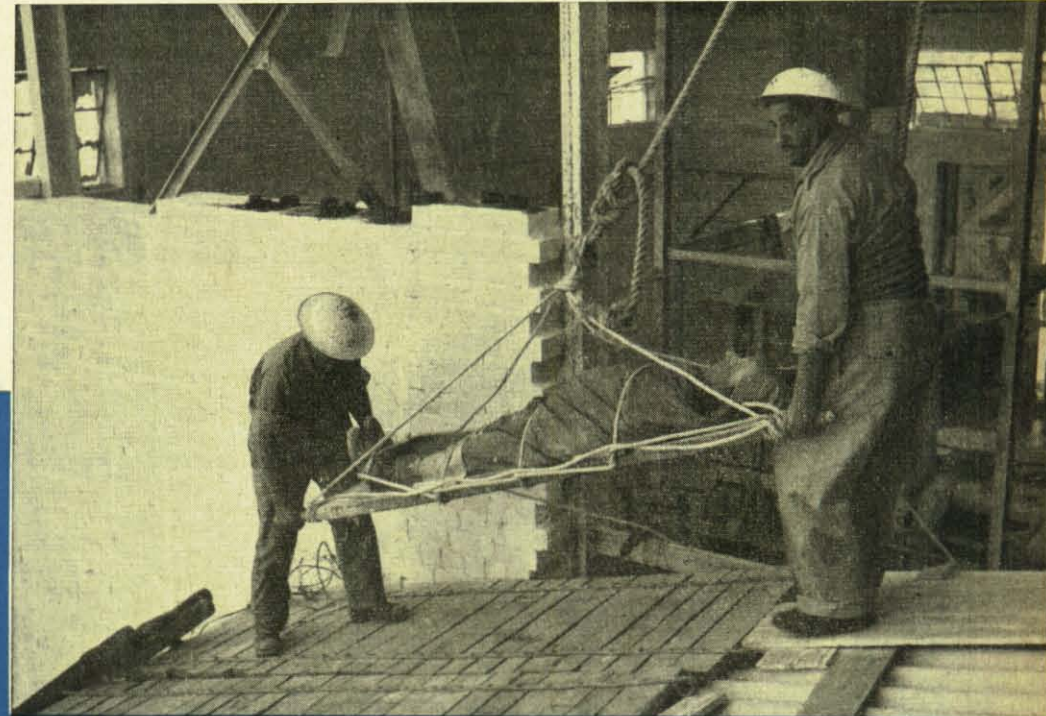
zu verhindern suchen, bzw. ihre Ausmaße beschränken und dem Zivilsektor möglichst geordnete Lebensbedingungen gewährleisten.

Die in Friedenszeiten errichtete und ausgebildete HAGA-Spezialtruppe untersteht den direkten Weisungen des

Verteidigungsministeriums. Das Innenministerium beteiligt sich finanziell am HAGA-Etat, um den kommunalen Behörden bei ihren gesetzlich verankerten Luftschutzbetätigungen zu helfen: Bau von öffentlichen Luftschutzräumen und Unterständen sowie Überwachung

Die abgeseilte Krankentrage mit dem Verletzten ist übernommen worden. Über die Leiter links geht es dem sicheren Erdboden zu.

ausgesetzt. Auf Grund eines 1951 gefaßten und zum Gesetz erhobenen Parlamentbeschlusses obliegt der Zivilverteidigung (HAGA) die Aufgabe, im Not- und Kriegszustand die Bevölkerung vor den Folgen der Feindangriffe durch Abwurfmunition oder Beschießungen zu schützen. Diese nach militärischen Grundsätzen aufgebaute, aber streng nichtmilitante Organisation soll die zu erwartenden Schäden an Menschenleben und sonstigen Gütern vorbeugend



V. l. n. r.: Der erste Mann steigt auf das Dach, seine Kameraden führen den Schlauch nach. — Schutzanzüge aus neuzeitlichem Material dienen vor allem dem Bergungsdienst, durch Flammen hindurch seinen Auftrag zu erfüllen. — Großeinsatz auf dem Übungsgelände. Unter schwierigen Bedingungen wird die ständige Bereitschaft in gemeinsamen Übungen geübt. Die Ausrüstung ist einheitlich.



Das Mädchen gehört nicht zu den HAGA-Verbänden, sondern zur Frauenorganisation der Armee, die auch die Mitglieder des zivi-

len Bevölkerungsschutzes in „Erster Hilfe“ ausbildet. Hier wird das Anlegen eines komplizierten Kopfverbandes gewissenhaft geübt.

und Unterstützung beim Bau privater Luftschutzkeller.

Das vom Verteidigungsminister ernannte Oberhaupt des Bevölkerungsschutzes, ein Armeemajor im Range eines Obersts, ist als Sonderberater dem Generalstabschef der Israeli-Streitkräfte direkt unterstellt. Als Gesamtleiter von HAGA obliegt ihm die Planung, Fachberatung und Überwachung der Durchführung aller von ihm angeordneten Luftschutzmaßnahmen. Er ist für die organisatorische und technisch angemessene Einsatzbereitschaft der

HAGA-Truppen, die Finanzgebarung und den Ausbau eines Warnsystems im Lande verantwortlich. Daneben amtiert ein unterstützender Landesrat, dessen Mitglieder staatliche und öffentliche Körperschaften vertreten. Ein ähnlich zusammengesetztes Gremium besteht in jedem Bezirk.

Der HAGA-Chef ist Koordinator verschiedener, laut HAGA-Gesetz proklamierter Hilfsorganisationen. Außerdem findet eine auf Vereinbarung und amtlicher Regelung fußende Zusammenarbeit mit der Staatspolizei, den Heeres-

abschnitten und -formationen, den Regierungs- und Kommunalbehörden sowie mit den Elektrizitäts- und Wasserwerken statt. Die Hilfsorganisationen sind im Kriegsfall dem HAGA-Chef direkt unterstellt.

Der Bevölkerungsschutz ist territorial in Bezirke, Kreise, Regionen, Abschnitte und Hausblöcke aufgeteilt. Man unterscheidet Stadtbezirke und Bezirke des ländlichen Raumes. Je nach Einwohnerzahl, Gebietsgröße und Anfälligkeit werden die Regionen und Abschnitte in drei Klassen eingeteilt, entsprechend besetzt und ausgestattet. Der Kreis umfaßt mehrere Regionen und koordiniert im Sinne des Einsatzes und der Verwaltung.

Die HAGA-Grundeinheit umfaßt drei wesentliche Elemente: Bergungs-, Feuerwehr- und Sanitätsdienst. Daneben bestehen Hilfsdienstleistungen: Warnmannschaften, Ordner, Wartung, Signal- und Transportwesen. Eine besondere Dienstleistung wird durch die Vereinigung der drei Funktionen gebildet: Evakuierung der Obdachlosen, Identifizierung der Toten und Auskunftstellen. Nur HAGA-Bezirke und Kreise besitzen sowohl die Grund- wie die Hilfseinheiten. Die taktische Einheit ist aber die Kompanie, die aus fünf Abteilungen zusammengesetzt ist. Beim Einsatz wird eine Rettungsstaffel, aus den drei Hauptdiensten bestehend, verwendet. Jedoch kann auch jeder Einzeldienst für sich gesondert, wie z. B. Bergungsdienst, je nach der Sachlage allein eingesetzt werden.

Die Region (erster Klasse) verfügt über zwei Kompanien, von denen eine in beständiger Bereitschaft steht. Ihr zugeordnet ist eine Sanitätshilfsstelle, die gegebenenfalls motorisiert werden kann. Grundsätzlich sind die HAGA-Kräfte entweder ortsgelunden oder motorisiert. In den meisten Regionen sind die Rettungsdienste der Ersten Hilfe und der HAGA-Kompanien in einer Kommunalbase untergebracht.

Die Bezirke verfügen zusätzlich zu den ortsgelunden über motorisierte Kräfte: HAGA-Bataillone, aus 3 bis 6 Kompanien zusammengesetzt. Jedem Bataillon ist eine Sanitätshilfsstation — gleichfalls motorisiert — angegliedert. Außerdem wird eine ähnliche Formation als Landesreserve vom HAGA-Chef direkt befehligt. Landes-Hauptquartier und das der Bezirke, Kreise und Regionen leiten ihre Operationen im Ernstfall von Kontroll-Gefechtsständen (Kontroll-Zentralen) aus.

Dienstpflichtig für die HAGA sind bestimmte Altersgruppen: Männer von 45 bis 49 Jahren, unverheiratete und kinderlose Frauen bis zu 34 Jahren sowie jüngere Jahrgänge, die für die Streitkräfte dienstuntauglich sind. Zusätzlich zu den Pflichtreservisten bilden die Freiwilligen beiderlei Ge-

Links: Behutsam wird die Kleine auf eine Decke gelegt und sorgfältig eine Untersuchung vorgenommen. Wie kann ihr nun geholfen werden? — Rechts: Wiederbelebung durch Mund-zu-Mund-Beatmung. Hier wird die Ausbildung an Menschen wieder einmal deutlich gezeigt.



schlechts einen bedeutenden Bestandteil der HAGA-Mannschaften. Der freiwillige Luftschutzhelfer genießt genau wie die Pflichtmobilisierten Versicherungs- und Rechtsschutz. Die Einberufung selbst geschieht in der denkbar kürzesten Zeit.

Die Ausbildung der Führungskräfte und der Fachgruppen geschieht sowohl in Sonderschulen als auch laufend in den Bezirken. In der HAGA-Sonderschule werden Offiziersgrundlehrgänge durchgeführt. Ihnen folgen geschlossene Ausbildungen höheren Grades, z. B. erhalten Kompanieführer hier Zusatzkurse. Sanitäter werden besonders gründlich in einer Fachschule ausgebildet. Jährlich finden Ergänzungsschulungen für alle Dienste sowie Übungen in den Bezirken, Kreisen und Regionen statt. Besonders geschult werden die motorisierten Kräfte, die durch Training und HAGA-Manöver ihre Einsatzfähigkeit steigern. Bei den

HAGA-Übungen werden die Einzeldienste, Kompanien, Abteilungen und kombinierten Rettungsstaffeln einzeln und gemeinsam eingesetzt.

Bergungs-, Feuerwehr- und Sanitätseinheiten haben ihr Rüstzeug und ihre sonstige Ausstattung dezentralisiert in den Regions- und Reservedepots gelagert. Eine beständige Vervollkommnung der technischen Ausrüstung und Instandhaltung findet laufend statt. Dies gilt besonders dem Warnsystem und den Funkgeräten. Somit ist die Ausrüstung aller Einheiten stets einsatzbereit.

Ein zentral geleitetes, das ganze Land umspannendes Warnsystem wird beim Erscheinen eines Feindflugzeuges über dem Staatsgebiete ganz oder teilweise in Gang gesetzt. Jeder Bezirk ist außerdem selbständig. Die modernen, von HAGA erworbenen Alarmgeräte sind von einer besonderen Lautstärke und Schalltragweite. Sie können elektrisch,

aber auch durch andere Mittel betrieben werden. Die Alarmanlagen werden regionär geprüft und in bestimmten Zeitabständen betätigt.

Die für die Kriegswirtschaft und Versorgung der Bevölkerung wichtigen Betriebe werden bereits in Friedenszeiten HAGA-mäßig erfaßt und ausgebildet. So werden Krankenhäuser, Schulen, Fabriken, Flughäfen, Kraft- und Wasserwerke zur Luftschutzbereitschaft organisiert.

Das HAGA-Organ „LEKET“ erscheint vierteljährlich und enthält Originalbeiträge, Übersichten aus der Fachliteratur des Auslandes, Berichte und Themenbesprechungen. Daneben werden Spezialgebiete des Bevölkerungsschutzes in Broschürenform ausführlich behandelt und veröffentlicht. Andererseits wird den HAGA-Führerkräften der Zugang zur Luftschutz-Weltliteratur durch Zirkulation des Lesematerials ermöglicht.



Hell genug, um gut zu sehen

Überall wo

DOMINIT-Notbeleuchtungen

installiert sind, gerät niemand in Versuchung, bei plötzlichem Stromausfall unvorsichtig mit offenem Licht umzugehen. Die Notbeleuchtungen schalten sich automatisch ein und aus; sie sind wartungsfrei und geben ein ausreichend helles Licht.



L 2/62

DOMINITWERKE GMBH BRILON
Seit 40 Jahren
im Dienste der Sicherheit

die
**demokratische
Gemeinde**

Das führende
kommunalpolitische
Fachorgan

Unentbehrlicher Ratgeber
für jeden Kommunalpolitiker
und Kommunalbeamten

Erscheint monatl., Prs. pro Heft 1,50DM
Fordern Sie unverbdl. Probeexemplare

die
**demokratische
Gemeinde**

DIE DEMOKRATISCHE GEMEINDE · BAD GODESBERG · POSTFACH 910

Um jeder Not Herr zu werden

Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes

Das Bundeskabinett hat am 31. Oktober 1962 in einer Sondersitzung den „Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes“ gebilligt, das die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für den Notstandsfall schaffen soll. Es wird darin zwischen einem „Zustand der äußeren Gefahr“, einem „Zustand der inneren Gefahr“ und dem „Katastrophenzustand“ unterschieden. — Die Vorlage bedarf zur Billigung einer Zweidrittelmehrheit sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat.

Der Wortlaut des Entwurfs

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen; Artikel 79 Abs. 2 des Grundgesetzes ist eingehalten:

§ 1

In das Grundgesetz werden hinter Artikel 115 folgende neue Abschnitte X a, X b und X c eingefügt:

„Abschnitt X a

Zustand der äußeren Gefahr

Artikel 115 a

(1) Der Bundestag kann auf Antrag der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates den Eintritt des Zustandes der äußeren Gefahr feststellen, wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff droht.

(2) Stehen dem Zusammentritt oder der rechtzeitigen Beschlußfassung des Bundestages und des Bundesrates oder eines von ihnen unüberwindliche Hindernisse entgegen, so kann ein aus 20 Mitgliedern des Bundestages und 10 Mitgliedern des Bundesrates gebildeter Ausschuß die Feststellung treffen. Die Bildung dieses Ausschusses und sein Verfahren regelt eine Geschäftsordnung, die vom Bundestag beschlossen wird und der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Die in den Ausschuß entsandten Mitglieder des Bundesrates sind nicht an Weisungen gebunden.

(3) Bei Gefahr im Verzuge steht die Befugnis zur Feststellung gemäß Absatz 1 auch dem Bundespräsidenten mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers zu; er soll zuvor die Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates hören.

(4) Die Feststellung wird vom Bundespräsidenten verkündet. Er kann dabei von Artikel 82 abweichen; eine Artikel 82 entsprechende Verkündung ist nachzuholen, sobald die Umstände es gestatten.

(5) Mit der Verkündung der Feststellung treten die Rechtsfolgen ein, die sich aus den Artikeln 115 b bis 115 f ergeben. Von diesen Befugnissen darf nur zu dem Zweck Gebrauch gemacht werden, die Gefahr abzuwehren.

Artikel 115 b

(1) Der Bund hat das Recht der konkurrierenden Gesetzgebung auch auf solchen Sachbereichen, die sonst zur Gesetzgebungszuständigkeit der Länder gehören.

(2) Durch Bundesgesetz können

a) für die Dauer des Zustandes der äußeren Gefahr die Grundrechte aus Artikel 5, Artikel 8, Artikel 9 Abs. 1 und 2 und Artikel 11 über das sonst zulässige Maß hinaus eingeschränkt werden,

b) für die Dauer des Zustandes der äußeren Gefahr die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland über das nach Artikel 12 Abs. 2 und Abs. 3 Satz 1 zulässige Maß hinaus zu Dienst- und Werkleistungen verpflichtet werden,

c) bei Enteignungen abweichend von Artikel 14 Abs. 3 Satz 2 Art und Ausmaß der Entschädigung einer späteren Regelung vorbehalten werden,

d) für die Dauer des Zustandes der äußeren Gefahr für Freiheitsentziehungen abweichend von Artikel 104 Abs. 2 und 3 Fristen festgesetzt werden, die jedoch die Dauer einer Woche nicht überschreiten sollen,

e) für die Dauer des Zustandes der äußeren Gefahr die Verwaltung und das Finanzwesen des Bundes und der Länder geregelt und dabei von den Abschnitten VIII und X abgewichen werden,

f) längstens bis zur Beendigung des zweiten Rechnungsjahres, das auf die Aufhebung des Zustandes der äußeren Gefahr folgt, von Artikel 106 und 107 abweichende Regelungen getroffen werden, wobei die finanzielle Lebensfähigkeit der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände zu wahren ist.

(3) Die Bundesregierung kann

a) außer den Polizeikräften des Bundes und der Länder, soweit diese nicht ausreichen, auch die Streitkräfte im Innern für polizeiliche Aufgaben einsetzen und zur einheitlichen Führung der eingesetzten Kräfte einen Beauftragten bestellen,

b) außer der Bundesverwaltung auch den Landesbehörden Weisungen in allen die Abwehr der Gefahr betreffenden Angele-

genheiten erteilen und diese Befugnis auf von ihr zu bestimmende Behörden oder auf Beauftragte übertragen.

Artikel 115 c

(1) Der Bundestag kann den Ausschuß nach Artikel 115 a Abs. 2 ermächtigen, Gesetze einschließlich solcher gemäß Artikel 115 b Abs. 1 und 2 zu erlassen (Notgesetze). Soweit dem Zusammentritt oder der rechtzeitigen Beschlußfassung des Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen, kann der Ausschuß nach Artikel 115 a Abs. 2 auch ohne eine solche Ermächtigung Notgesetze erlassen.

(2) Erfordert die Lage ein sofortiges Handeln, so kann die Bundesregierung Verordnungen mit Gesetzeskraft, auch gemäß Artikel 115 b Abs. 1 und 2 erlassen (Notverordnungen) und diese Befugnis für einzelne Aufgaben auf von ihr zu bestimmende Behörden übertragen.

(3) Notgesetze werden vom Bundespräsidenten, Notverordnungen von der Stelle, die sie erläßt, verkündet. Artikel 115 a Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Notgesetze und Notverordnungen treten unbeschadet des Artikels 115 b Abs. 2 Buchstaben c und f spätestens nach Ablauf von sechs Monaten außer Kraft, wenn sie nicht verlängert werden.

Artikel 115 d

Der Bundeskanzler kann die Befugnisse der Bundesregierung auf einzelnen Sachbereichen einem Kabinettsausschuß übertragen, dessen Zusammensetzung er bestimmt.

Artikel 115 e

(1) Das Bundesgesetz gemäß Artikel 93 Abs. 2 und Artikel 94 Abs. 2 über das Bundesverfassungsgericht darf durch Notgesetz oder Notverordnung nur insoweit geändert werden, als dies zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des Gerichts erforderlich ist, nachdem das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, daß seine Arbeitsfähigkeit nicht mehr gegeben oder ernsthaft gefährdet ist. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Wahl der Bundesverfassungsrichter, über die Zuständigkeit des Gerichts und über seine Befugnisse zum Erlaß von einstweiligen Anordnungen sowie zur Regelung der Vollstreckung seiner Entscheidungen dürfen durch Notgesetz oder Notverordnung nicht geändert werden.

(2) Die verfassungsmäßige Stellung und die Erfüllung der verfassungsmäßigen Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts und seiner Richter dürfen nicht beeinträchtigt werden.

Artikel 115 f

Sind die zuständigen Bundesorgane nicht nur vorübergehend außerstande, die notwendigen Maßnahmen zur Abwehr eines Angriffs mit Waffengewalt zu treffen, und erfordert die Lage unabweisbar ein sofortiges selbständiges Handeln in einzelnen Teilen des Bundesgebiets, so sind die Ministerpräsidenten der Länder und, falls diese Voraussetzungen auch im Verhältnis eines Landes zu seinen Teilgebieten gegeben sind, die Regierungspräsidenten, äußerstenfalls die Hauptverwaltungsbeamten der Landkreise und kreisfreien Städte zu einstweiligen Maßnahmen im Sinne der Artikel 115 b und 115 c für ihren Bereich befugt. Die Ausübung dieser Befugnisse darf nicht zu einer Beeinträchtigung der militärischen Verteidigung führen. Einstweilige Maßnahmen nach Satz 1 können durch die Bundesregierung, im Verhältnis zu nachgeordneten Behörden auch durch die Ministerpräsidenten der Länder jederzeit aufgehoben werden.

Artikel 115 g

(1) Der Bundestag kann mit Zustimmung des Bundesrates jederzeit durch einen vom Bundespräsidenten zu verkündenden Beschluß den Zustand der äußeren Gefahr für beendet erklären und die auf seiner Grundlage getroffenen Maßnahmen aufheben. Notgesetze und Notverordnungen können jederzeit auch durch den Ausschuß nach Artikel 115 a Abs. 2 aufgehoben werden.

(2) Bundesgesetze, die auf Grund von Artikel 115 b Abs. 1 auf Sachbereichen erlassen worden sind, die sonst zur Gesetzgebungszuständigkeit der Länder gehören, sowie alle Notgesetze und Notverordnungen treten spätestens sechs Monate nach Beendigung des Zustandes der äußeren Gefahr außer Kraft. Artikel 115 b Buchstaben c und f bleiben unberührt.

(3) Eine während des Zustandes der äußeren Gefahr endende Wahlperiode des Bundestages verlängert sich bis zum Ablauf von drei Monaten, eine während dieser Zeit endende Amtsperiode des Bundespräsidenten bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Beendigung des Zustandes der äußeren Gefahr. Der Bundestag kann diese Fristen abkürzen.

Artikel 115 h

Wird das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen, und sind die zuständigen Bundesorgane außerstande, sofort die Feststellung gemäß Artikel 59 a oder gemäß Artikel 115 a zu treffen, so gelten der Verteidigungsfall sowie der Zustand der äußeren Gefahr als eingetreten.

Abschnitt X b Zustand der inneren Gefahr

Artikel 115 i

Ein Zustand der inneren Gefahr liegt vor, wenn der Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes

1. durch Einwirkung von außen,
2. durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt,
3. durch Nötigung eines Verfassungsorgans oder
4. durch Mißbrauch oder Anmaßung von Hoheitsbefugnissen ernstlich und unmittelbar bedroht ist.

Artikel 115 k

(1) Besteht in einem Land ein Zustand gemäß Artikel 115 i, so kann, wenn die Mittel des Artikels 91 Abs. 1 nicht ausreichen, der Landtag für die Dauer dieses Zustandes, soweit dies zur Bekämpfung der Gefahr erforderlich ist,

a) Notgesetze für das Landesgebiet auch auf Sachbereichen erlassen, die nicht zur Gesetzgebungszuständigkeit des Landes gehören,

b) in Gesetzen

1. unter Einschränkung der Grundrechte aus Artikel 5 Beschränkungen und Auflagen für den Nachrichtenverkehr einführen,

2. die Grundrechte aus Artikel 8 und Artikel 11 über das sonst vorgesehene Maß hinaus einschränken.

(2) Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung Notverordnungen für das Landesgebiet gemäß Absatz 1 erlassen.

(3) Über den Inhalt aller nach Absatz 1 und Absatz 2 erlassenen Notgesetze und Notverordnungen sowie über die auf ihrer Grundlage getroffenen Maßnahmen sind unverzüglich der Bundestag und die Bundesregierung zu unterrichten.

(4) Notgesetze und Notverordnungen nach Absatz 1 und Absatz 2 treten spätestens nach Ablauf eines Monats außer Kraft. Der Bundestag oder die Bundesregierung kann sie und die auf ihrer Grundlage getroffenen Maßnahmen jederzeit aufheben.

Artikel 115 l

(1) Besteht in einem Land ein Zustand gemäß Artikel 115 i, ist das Land zur Bekämpfung der Gefahr nicht bereit oder in der Lage und reichen die Mittel des Artikels 91 Abs. 2 nicht aus, so treten für die Dauer dieses Zustandes nachstehende Rechtsfolgen ein:

a) Der Bund hat das Recht der konkurrierenden Gesetzgebung auch auf solchen Sachbereichen, die sonst zur Gesetzgebungszuständigkeit der Länder gehören.

b) Durch Bundesgesetz können die Grundrechte aus Artikel 5, Artikel 8 und Artikel 11 in dem durch Artikel 115 k Abs. 1 Buchstabe b zugelassenen Umfang eingeschränkt werden. Handelt es sich um einen Gefahrenzustand gemäß Artikel 115 i Nr. 1, so findet Artikel 115 b Abs. 2 Buchstaben a, b, c und d entsprechende Anwendung.

c) Die Bundesregierung hat die Befugnisse gemäß Artikel 115 b Abs. 3.

(2) Stehen dem Zusammentritt oder der rechtzeitigen Beschlußfassung des Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegen, so kann der Ausschuß nach Artikel 115 a Abs. 2 Notgesetze, auch gemäß Absatz 1 Buchstaben a und b erlassen. Erfordert die Lage ein sofortiges Handeln, so kann die Bundesregierung Notverordnungen, auch gemäß Absatz 1 Buchstaben a und b erlassen. Artikel 115 c Abs. 3 findet Anwendung.

(3) Sollen die Streitkräfte gemäß Absatz 1 Buchstabe c im Innern mit der Waffe eingesetzt werden, so bedarf es hierzu der vorherigen Zustimmung des Bundestages, in den Fällen des Absatz 2 Satz 1 des Ausschusses nach Artikel 115 a Abs. 2. Einer Zustimmung bedarf es nicht, wenn die Lage unabweisbar einen sofortigen Einsatz dieser Art erfordert. Der Einsatz ist jedoch einzustellen, wenn der Bundestag es verlangt.

(4) Artikel 115 e findet entsprechende Anwendung.

(5) Bundesgesetze, die auf Grund von Absatz 1 Buchstabe a auf Sachbereichen erlassen worden sind, die sonst zur Gesetzgebungszuständigkeit der Länder gehören, sowie alle Notgesetze und Notverordnungen treten spätestens nach Ablauf von drei Monaten außer Kraft. Der Bundestag kann jederzeit Notgesetze, Notverordnungen und die auf ihrer Grundlage getroffenen Maßnahmen aufheben. Notgesetze und Notverordnungen können jederzeit auch durch den Ausschuß nach Artikel 115 a Abs. 2 aufgehoben werden.

Abschnitt X c

Katastrophenzustand

Artikel 115 m

Sind Leib oder Leben der Bevölkerung, insbesondere durch eine Naturkatastrophe, ernstlich und unmittelbar gefährdet (Katastrophenzustand), so finden Artikel 115 k und 115 l entsprechende Anwendung.“

§ 2

In das Grundgesetz wird hinter Artikel 74 Nr. 23 folgende neue Nr. 24 eingefügt:

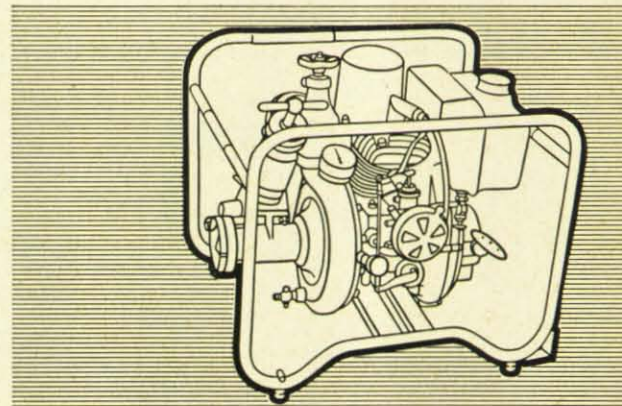
„24. die Vorsorge für den Fall einer Gefahr gemäß Artikel 115 i und Artikel 115 m.“

§ 3

Artikel 143 des Grundgesetzes wird aufgehoben.

§ 4

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.



Für erweiterten Selbstschutz im zivilen Bevölkerungsschutz

Die Magirus-Tragkraftspritze TS 2/5 ist auf Grund ihres geringen Gewichtes, auch in schwierigstem Gelände, leicht tragbar und einfach zu bedienen.

Mit Ilo-Motor und einstufiger Kreiselpumpe ausgestattet, erreicht sie eine Leistung von 200 l/min bei 50 m Ws. Das Magirus-Tragkraftspritzen-Bauprogramm umfaßt 5 weitere Bauarten mit entsprechend höheren Förderleistungen bis zu 6000 l/min.



Klöckner-Humboldt-Deutz AG

Werk Ulm



Als zum erstenmal »Feuer vom Himmel« fiel

VON EUGEN SCHNELL



Dieser Aufsatz versucht eine sehr wichtige Frage zu beantworten: Hatten die Haltung und das Verhalten der Bevölkerung einen Einfluß auf die Höhe der Verluste während der Luftangriffe auf das ehemalige Reichsgebiet? Dem Verfasser standen die Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden (siehe hierzu ZB Nr. 6/62 S. 28) und der Bericht United States Bombing Survey zur Verfügung.

Das Statistische Bundesamt errechnete die Gesamtzahl der Luftkriegstoten mit fast 600 000 und die der zerstörten Häuser mit 403 000. In einer Tabelle wurden sechs Phasen der Luftangriffe und in einer zweiten die Verteilung auf neun Angriffsräume deutlich gemacht. Die USA dagegen haben in ihrem Bericht die Schwankungen der Zahl der Luftkriegstoten in Deutschland in den einzelnen Kriegsjahren, umgerechnet auf je 1000 kg abgeworfene Munition, bestimmt.

Kritisches Jahr 1943

Im Jahre 1940 waren 1000 kg notwendig, um 0,03 Menschen zu töten; 1941 stieg der prozentuale Anteil der Verluste auf 0,1, hielt sich im folgenden Jahr auf dieser Höhe und schnellte 1943 plötzlich auf 0,9. Trotz der 1944 einsetzenden Taktik der Bombenteppiche gingen die Verluste auf 0,3 zurück und 1945 sogar auf 0,2. Die Gegenüberstellung beider Berichte läßt durch Vergleich und unter Berücksichtigung weiterer Fakten gewisse Schlußfolgerungen über das luftschutzmäßige Verhalten der Bevölkerung zu.

Alle, die aus dem grauenhaften Ge-

schehen Lehren für die Zukunft gewinnen wollen, müssen sich vor allem mit dem kritischen Jahr 1943 beschäftigen. Es ist richtig, daß in diesem Jahr die britische Luftwaffe ihre Angriffe auf die großen Städte konzentrierte, daß verbesserte Ortung durch die Radartechnik und erhöhter Begleitschutz durch Jagdflieger ihre Angriffe wirkungsvoller werden ließen, aber die eingetretenen hohen Verluste können nicht allein mit der unmittelbaren Wirkung der abgeworfenen Munition erklärt werden.

Schlagwort „Phosphor vom Himmel“

Die Auswirkungen der massierten Angriffe waren verheerend. Flächenbrände, Feuerstürme, einstürzende Mauern verursachten furchtbare Verluste unter der Bevölkerung der betroffenen Städte. Aber es muß in diesem Zusammenhang auf eine weitere Tatsache hingewiesen werden. Die neu eingesetzten Phosphorbrandbomben hatten einen wahren Schock ausgelöst! Überall verbreitete sich schnell die Auffassung, daß man sich gegen den „vom Himmel fallenden brennenden Phosphor“ nicht schützen könne.

Die örtlichen Luftschutzleiter und ihre Einsatzkräfte dagegen hatten rasch die tatsächliche Wirkung der neuen Bombe erkannt und eine Taktik zu ihrer Bekämpfung entwickelt. Wenn also die „moralische Wirkung“ der Phosphorbombe — ganz im Sinne der psychologischen Kriegführung der anderen Seite — der Mehrheit der Bevölkerung einen lähmenden Schock versetzt hatte, so mußte diese neue Waffe in allen Einzelheiten vorgeführt werden!

Oben: Brennender Phosphor in einer Berliner Straße in der Nacht zum 23. 11. 1943. Unten: Die ausgebrannte „Wolkenburg“ in Köln. Die eigenen Löschkräfte waren an anderer Stelle tätig, auswärtige kamen zu spät zum Einsatz.



Die vielen Blindgänger ermöglichten es, daß z. B. in Berlin an acht Sonntagen auf allen Sportplätzen „Schauvorführungen“ stattfinden konnten. Die Bevölkerung folgte der Einladung in großen Scharen. Am Querbalken eines Fußballtores hing eine scharfgemachte Bombe, darunter waren Trümmermöbel aufgebaut. Über Lautsprecher erläuterte der LS-Abschnittskommandeur die Zusammensetzung und die Wirkung der neuen Bombe.

Die Zuschauer erfuhren, daß das Gesamtgewicht der Bombe (offizielle Bezeichnung: Flüssigkeitsbrandbombe INC — 30 LB) 14 kg betrug, doch nur 4 kg gehörten zur eigentlichen Brandmasse. Davon wiederum waren 87 v. H. Leuchtbenzin, 11 v. H. Rohkautschuk und nur 2 v. H. Phosphor. Die 0,5 kg schwere Zündflüssigkeit setzte sich aus 87 v. H. Phosphor, 9 v. H. Schwefel und 4 v. H. Phosphortrioxyd zusammen. Die vom Flugzeug abgeworfene Bombe traf mit hoher Geschwindigkeit auf. Durch die Verzögerung konnte sie ein bis zwei Stockwerke durchschlagen, ehe sie detonierte. Es entstand ein großer Feuerball, der aber nach kurzer Zeit erlosch. Nur noch kleine Fladen der Brandmasse brannten weiter. Man konnte sie mit Wasser und Sand löschen oder ließ sie unter Aufsicht abbrennen.

Ein Feuerball erlischt

Dann kam der praktische Teil der Vorführung. Ein Ruck an einer Schnur ließ die Phosphorbrandbombe fallen. Sie entzündete sich und hüllte den ganzen aufgebauten Stapel in Flammen ein. Von den Möbeln war zunächst nichts mehr zu sehen. Alles schien in Flammen aufgegangen zu sein. Nach kurzer Zeit ging jedoch der Feuerschein zurück: die Möbel waren noch vorhanden! Nur an einzelnen Stellen, wo der Phosphor hingespritzt war, züngelten die Flammen. Nun trat ein Selbstschutztrupp, so wie er damals in jedem Haus zu finden war, mit den üblichen Geräten in Tätigkeit, kratzte den Phosphor in einen Sandeimer und löschte die kleinen Brandstellen ab.

„Alles Neue zeige dem Auge“ rieten schon die Römer. So wie in Berlin fanden überall in den Städten des damaligen Reichsgebietes öffentliche Vorführungen statt, bei denen die Wirkung der neuen Brandangriffswaffen und die Methoden ihrer Bekämpfung gezeigt wurden. Vielen beherzten Männern und Frauen kamen die hierdurch erworbenen Kenntnisse schon kurze Zeit später zugute, als die Bevölkerung noch schwerere Luftangriffe als zuvor über sich ergehen lassen mußte.

Der Bann ist gebrochen

Ungezählte durch Phosphorbrandbomben hervorgerufene Einzelbrände wurden mutig bekämpft und gelöscht. Dadurch wurde ein Zusammenwachsen der Brände verhindert, was wiederum zur Folge hatte, daß weniger Menschen durch Flammen, Gluthitze oder Sauerstoffmangel umkamen.

Diese Tatsache dürfte an dem erheblichen Absinken der Verluste in den Jahren 1944 und 1945, die das Diagramm des Berichtes „United States Bombing Survey“ aufzeigt, keinen geringen Anteil haben.



Wer die Halle 7 der Ostbayerischen Wirtschaftsmesse in Regensburg betrat, konnte das weithin leuchtende Wort „Selbstschutz“ nicht übersehen. Fast alle Besucher kamen zum Stand.



Die Einstellspritze fand das Lob eines Fachmanns: Oberbaurat Wischer, Brandschutz-Dezernent und Chef der Städtischen Feuerwehr von Regensburg. Klein, aber wirkungsvoll kann die Spritze bei der ersten Brandbekämpfung mit Erfolg eingesetzt werden.

Von dem reichhaltigen Angebot an aufklärenden Schriften wurde reger Gebrauch gemacht. Durch die Lektüre zu Hause und die anschließende Aussprache innerhalb der Familie und auf dem Arbeitsplatz wird der Kreis der Angesprochenen bedeutend vergrößert.

BLSV-STAND AUF DER OSTBAYERISCHEN WIRTSCHAFTSMESSE

Regensburg ist eine Stadt, über die viele Stürme hinweggegangen sind, ohne sie in ihrem Kern zu treffen, ohne ihre wertvollsten Kunstwerke zu vernichten. Daß die Bomben des letzten Krieges der Stadt nur Wunden geschlagen haben, ist gewiß ein gut Teil Glück. Aber war es im Laufe der Geschichte immer nur „Glück“? Oder haben nicht Aufgeschlossenheit und Vorsicht der Bevölkerung wesentlich hierzu beigetragen?

Vorsorge treffen!

Sie ist da, die Gefahr! Das wurde den Besuchern der Ostbayerischen Wirtschaftsmesse in Regensburg am Stand des Bundesluftschutzverbandes in Halle





Die Aufgaben des Selbstschutzes der zivilen Bevölkerung lassen sich am besten an dem Modell aus der eigenen Stadt erläutern. In der Mitte Stadtrat W. Gastinger, links G. Keckeisen von der BLSV-Ortsstelle Regensburg und rechts ein Maltheser-Helfer.

Unten: Der Filmwagen des BLSV war ständig eingesetzt und zeigte den Besuchern der Messe aufklärende und werbende Streifen über die Notwendigkeit des Selbstschutzes. Wir sind Gefahren, die bei einem Angriff drohen, nicht hoffnungslos ausgesetzt.



7 eindringlich ins Bewußtsein gerufen. Ebenso eindringlich wurde ihnen aber auch vor Augen geführt, daß es vorbe-reitende Schutzmöglichkeiten gibt.

Über 100 000 Menschen gingen während der Messetage an dem BLSV-Stand vorbei. Tausende stellten Fragen, Zehn-tausende nahmen Aufklärungsschriften mit. Es war nicht schwer festzustellen, wem Sinn und Zweck des zivilen Be-völkerungsschutzes noch fremd war und wer schon einige Kenntnisse er-worben hatte. Die einen griffen nach jeder Schrift, die anderen wählten aus, was für sie Neues zu enthalten schien.

Keiner will abseits stehen

Unter den Besuchern des BLSV-Stan-des sah man u. a.: den Sonderbeauf-tragten des US-amerikanischen Land-wirtschaftsministeriums in Rom, Mr. Robert O'Neill; den Direktor des Ca-ritasverbandes der Diözese Regensburg, Msgr. Michael Prem; den Standortkom-mandanten der Bundeswehr, Major Ermer; den Leiter des Ordnungsrefera-tes der Regierung der Oberpfalz, Ober-regierungsrat Dr. Abreß; den Direktor des Deutsch-Amerikanischen Instituts Regensburg, Prof. Dr. Osborn T. Small-wood; den Diözesanpräses der Kolping-familien, Domvikar Böhm; viele Bür-germeister, Kreisräte, Behördenleiter, Geistliche usw.

Oberbaurat Wischer, der Dezernent für das Brandschutzwesen der Stadt, wür-digte vor allem die Einstellspritze: „Ein solches Gerät, wenn es ein paar Minu-ten früher am Brandherd ist, kann mitunter mehr ausrichten als hernach ein großes Tanklöschfahrzeug!“

Auch unpopulär sein

Stadtrat Gastinger zollte der geleiste-ten Arbeit Anerkennung, wünschte aber, daß vom Bund wie auch von der Stadt Regensburg mehr geschehe, um den Selbstschutz der Bevölkerung und die dazugehörigen baulichen Maßnah-men schneller zu verwirklichen. Es ge-höre unbedingt zu den Pflichten der Stadtväter, sich vorsorglich um die Si-cherheit der Einwohner zu kümmern — so unpopulär es auch sei, sich wieder mit dem Luftschutz befassen zu müs-sen.

„Eigentlich ist es ja wahr“, hörten wir einen Herrn aus der Besucherschar sa-gen. „Viele von uns verdanken einem Keller oder Erdloch, daß sie noch leben. Aber wir leben heute so dahin und denken, es wird schon nichts ge-schehen.“

Über das „Fachwissen“ ihres Jungen staunte manche Mutter. Auch die Män-ner und Frauen des BLSV wunderten sich. Die Buben wollten einfach alles wissen. Kommt das Knacken aus dem Volksgeigerzähler durch Strahlen aus dem Weltraum? Wie viele Röhrenfunk-tionen und Kreise hat das kleine Funk-gerät? Mit wieviel Volt muß man ein Dosimeter aufladen?

Prüfen — mitarbeiten

Eine Ordensfrau und Schülerinnen einiger Internate sahen auf den Schau-bildern „alte Bekannte“ — sich selbst, aufgenommen beim Grundausbildungs-lehrgang. Immerhin haben in der Hauptstadt der Oberpfalz nicht nur Hunderte von Einzelinteressenten, son-dern auch viele Gruppen — Schulen, Internate, Ordensgemeinschaften, sogar die berühmten „Regensburger Dom-spatzen“ vom Domgymnasium — ihre Grundausbildung hinter sich

Rechts: Ordensgemeinschaften, beson-ders wenn sie Jugendliche erziehen, sind für Schutzmöglichkeiten sehr auf-geschlossen. Die Englischen Fräulein von Regensburg haben mit ihren Schülerinnen bereits Grundausbil-dungslehrgänge beim BLSV besucht.



Versorgung aus der Luft

HUBSCHRAUBER ALS MÄDCHEN FÜR ALLES

Die Zweckmäßigkeit des Einsatzes von Hubschraubern nach Katastrophen oder Unglücksfällen hat sich bereits oft genug erwiesen. Über ihre Verwendung für Zwecke des zivilen Bevölkerungsschutzes sind schon von vielen Seiten beachtenswerte Vorschläge gemacht worden. Bei der Anwendung solcher neuer Methoden der Hilfeleistung entsteht jedoch eine ganze Reihe neuer Probleme. Es wird z. B. in vielen Fällen vorkommen, daß sich Hilfsbedürftige in Lagen oder Situationen befinden, die es dem zu ihrer Versorgung eingesetzten Hubschrauber unmöglich machen, zu landen, um dann die mitgebrachten Güter entladen zu können. Die Sicherheit von Hubschraubern und Besatzungen, die ja nicht nur einen Einsatz fliegen, sondern wie die Praxis schon oft zeigte, vom Morgengrauen bis zur Abenddämmerung unermüdlich ihre Aufträge erfüllen, muß unbedingt gewährleistet sein. Wenn Hubschrauber aber nicht landen können, dann muß die Entladung des transportierten Gutes eben durch Abwurf aus der niedrigsten anwendbaren Höhe erfolgen. Diese Höhe kann 5, 10, 20 oder auch 30 Meter betragen.

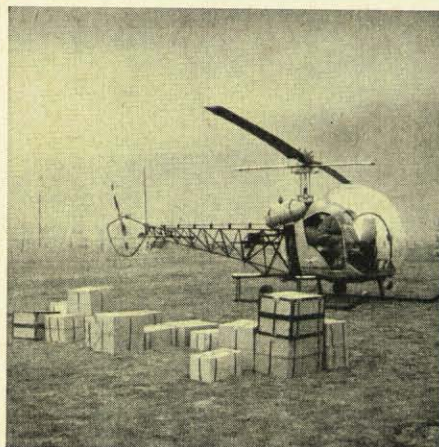
Handelt es sich bei den abzuwerfenden Gütern um unzerbrechliche Materialien wie Bündel Woldecken oder Bekleidung, bestehen keine Bedenken. Beim Abwurf von druck- oder stoßempfindlichen Gegenständen jedoch werden an die Verpackung außerordentliche Anforderungen gestellt.

Aus diesem Grunde entwickelte der Verband Versand-Kartonagen e. V. (VVK) für diese besondere Art des Katastropheneinsatzes Transportschachteln aus Vollpappe und unterzog sie einer äußerst schweren Prüfung.

Vor Presse, Funk und Fernsehen

Auf den ersten Blick hätte man die etwa 50 Damen und Herren, die am herbstlich bunten Kurpark von Bad Homburg vor der Höhe Autobus und Pkw bestiegen, für Touristen halten können; für besonders fotografierfreu-

Lebensmittelkonserven, Brot, Medikamente, Verbandsmaterial und Blutersatzstoff in Ampullen befanden sich in den Kartons, die einer nach dem anderen in den Hubschrauber verladen wurden (oben), um dann aus Höhen von 10, 20 und 30 Metern abgeworfen zu werden. Das Füllgewicht der Transportschachteln (unten), die mit Stahlbändern verschlossen waren, lag zwischen 12 und 24 kg.



dige Touristen, denn fast alle trugen Kameras und Blitzgeräte bei sich. Es handelte sich jedoch um Vertreter der Presse, die ebenso wie das Hessische Fernsehen und der Hessische Rundfunk der Einladung des VVK gefolgt waren, um sich den Verpackungstest auf dem Fluggelände des Luftsportclubs Bad Homburg v. d. H. anzusehen.

Verpackt in Transportschachteln sollten verschiedene, bei einem Katastrophenfall benötigte Gebrauchsgüter aus einem Hubschrauber abgeworfen und der durch den Abwurf auf das stärkste beanspruchte Inhalt begutachtet werden.

Der an diesem Tag im Taunus herrschende starke Nebel schien zunächst das Unternehmen in Frage zu stellen. Doch dann lichtete sich der Nebel ein wenig und erlaubte dem von einem anderen Flugplatz angeforderten Hubschrauber ein pünktliches Erscheinen.

Der Versuch

Zu den für den Versuch ausgesuchten Gegenständen gehörten Lebensmittelkonserven, Brot, Medikamente, Verbandsmaterial, Blutersatzstoff in Am-





Bei Abwürfen von Gebrauchsgütern aus solchen Höhen werden an das Verpackungsmaterial außerordentlich hohe Anforderungen gestellt. Bild oben.



Nach Beendigung des Versuchs wurde noch an Ort und Stelle der Zustand der Ampullen mit Blutersatzstoff (oben), des Verbandsmaterials sowie der Konserven (unten) genau begutachtet.



pullen und Werkzeuge. Die Kartons waren fertig gepackt und zum größten Teil mit Stahlbändern verschlossen. Der Inhalt war auf den Deckeln angeben.

Nach einer kurzen, kritischen Betrachtung der rund 30 Pakete durch die Presse setzte sich der Rotor des Hubschraubers unter knatterndem Motorengeräusch in Bewegung. Staub, Gras und welke Blätter wirbelten auf, Hüte drohten davonzufiegen, Kameras wurden gespannt, Rundfunk und Fernsehen begannen Bild und Ton aufzunehmen; der Versuch begann.

Spielend leicht erhob sich der Hubschrauber in die Luft, stieg auf eine Höhe von 10 Metern, stand auf der Stelle, durch die geöffnete Glaskanzel reichten zwei Arme eine der Transportschachteln, ein Fall, ein dumpfes Aufschlagen auf dem verdorrten Wiesengrund, ein nochmaliges Hochfedern der Schachtel und der Hubschrauber setzte schon wieder wenige Meter neben der Abwurfstelle zur Landung an. Dieser Vorgang wiederholte sich 30mal hintereinander. Nur die Abwurfhöhe betrug einmal 10, dann 20, dann wieder 30 Meter. Dann fiel der letzte Karton, der Hubschrauber landete und es trat augenblicklich wieder Ruhe ein.

Die Veranstalter des Tests brauchten die Journalisten und Reporter nicht erst aufzufordern, die abgeworfenen Kartons zu untersuchen. Neugier und Kritik gehören zu ihrem Beruf. So galt dann auch deren besonderes Interesse nicht den Schachteln, die den Fall äußerlich gut überstanden hatten, sondern zunächst denen, die Beschädigungen aufwiesen. Dabei handelte es sich um Transportschachteln, die beim Aufschlag auf den Boden mit einer Ecke aufgekommen waren. Wie hatte der Inhalt den Fall überstanden?

Die Begutachtung

Sofort wurden einige der Kästen an Ort und Stelle geöffnet und ausgepackt. Einlagen und weitere kleine Pappschachteln kamen zum Vorschein. Darin, in dünnen Blechhülsen, nur leicht schaumgummigepolstert, befanden sich die Plastikampullen mit Blutersatzflüssigkeit. Nur zwei von 45 Ampullen hatten den Fall aus 30 Metern Höhe nicht überstanden. Sie waren im Augenblick des Aufpralls an der Nahtstelle aufgeplatzt, was die kritischen Betrachter darauf zurückführten, daß die Ampullen nicht ganz gefüllt waren. Dennoch wurde von den meisten der Anwesenden auch dieses Ergebnis als gut bezeichnet. Außerdem vertrat man die Ansicht, daß ernstfallmäßige Abwürfe aus mehr als 20 Metern Höhe zu den aller seltensten Fällen gehören dürften. Auch die anderen Kartons, die hier bereits geöffnet wurden, zeigten ähnlich befriedigende Resultate.

Planmäßig wurden die Schachteln nach dem Versuch wieder nach Bad Homburg v. d. H. gefahren, wo in einem geschlossenen Raum jedem Beobachter die Möglichkeit gegeben wurde, den Inhalt der Pakete zu untersuchen, Fragen zu stellen und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge zu machen.

Vor der Begutachtung jedoch gab der Präsident des Verbandes, Dr. Schaar-schmidt, Bielefeld, einen Überblick über die dem Test vorausgegangenen Entwicklungsarbeiten. Er führte aus, daß die Versandschachtel oder Starkpappkiste aus Vollpappe zu den wichtigsten Verpackungsmitteln zählten, weil sie über die Eigenschaften verfügten, die sie für eine große Anzahl von Waren und Gütern zur zweckmäßigsten und wirtschaftlichsten Verpackung machten. Durch jahrelange Laboratoriumsversuche habe man dem Material eine hohe Widerstandsfähigkeit gegen alle Transport- und Stapelbeanspruchungen gegeben. Für die Verwendung der Schachteln zum Abwurf aus Hubschraubern benötige das Material wegen der beim Aufprall auf den Boden entstehenden dynamischen Kräfte einen außerordentlich hohen Berst-widerstand. Es habe sich hierbei z. B. auch herausgestellt, daß geheftete Schachteln, also solche, bei denen die Seitenteile und die Laschen der benachbarten Seiten durch flache oder runde Drahtklammern verbunden sind, bei weitem nicht diesen außergewöhnlichen Beanspruchungen genügen wie Schachteln, deren Verbindung von Laschen und Seitenwänden durch Zusammenkleben erfolgte.

Die Testergebnisse

Sämtliche getesteten Kartons wurden in Anwesenheit der Presse geöffnet, ausgepackt und der Zustand des Inhalts begutachtet. Fast immer war das Resultat das gleiche. Der Inhalt war gänzlich unbeschädigt oder nur ganz geringfügig angedrückt, wie es z. B. bei einigen Konservendosen der Fall war. Außer den bereits genannten geplatzen Ampullen mit Blutersatzstoff fanden sich auch in den anderen Schachteln, die aus niedrigeren Höhen abgeworfen worden waren, keine mehr, die beschädigt gewesen wären. Verpackte Brote hatten völlig ihre Form behalten. Selbst die dünnen Plastikspulen mit den Kleberollen für Verbandsmaterial waren unzerbrochen.

Die verschiedenen Inhaltsgewichte der Schachteln betragen 12 kg, 15 kg, 16 kg und 24 kg.

Die Veranstalter selbst und auch die Presseleute schienen von dem Gesamtergebnis des Versuchs sehr befriedigt.

Während der nachfolgenden Besprechung wurde u. a. der Vorschlag gemacht, bei einer Wiederholung der Versuche diese auch auf den Abwurf von Funksprechgeräten, Transistorempfängern, kleineren Stromaggregaten sowie Trinkwasser in Kanistern zu erweitern. In diesem Zusammenhang wurde auch von Pressevertretern die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß sich bald über den Rahmen der privaten Initiative hinaus der Staat mit der Einrichtung von Hubschrauber-Rettungsdiensten befaßt, da im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen die bisher für die Hilfe an Zivilpersonen eingesetzten Hubschrauber der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes anderweitig benötigt würden.

H. F

Neue Bücher:

Strategie — heute

von Oskar Morgenstern, S. Fischer-Verlag, 304 Seiten, 8,80 DM.

Oskar Morgenstern, gegenwärtig Professor an der Princeton-Universität (Mitglied einer Reihe von Organisationen, wie der Atom-Energie-Kommission und des Beraterstabes des Weißen Hauses), analysiert in seinem Buch die strategischen Probleme unserer heutigen Welt. Er macht dabei nicht halt vor einer scharfen Kritik am westlichen Verteidigungssystem. Er vertritt die These, daß wir aus dem Schatten eines möglichen Atomkrieges nur heraustreten können, wenn dieser nicht nur moralisch, sondern auch technisch unmöglich wird. Seine Analyse ist von einer Offenheit und Ehrlichkeit, die keine Gefühle schont. Seine Schlüsse sind von strenger Logik.

Gibt es im Zeitalter der Kernwaffen begrenzte Kriege? Kann die Bevölkerung im Falle eines Atomkrieges geschützt werden? Wird es möglich sein, während nuklearer Kriegshandlungen mit einem Gegner zu verhandeln? Können Geheimnisse, von denen die Sicherheit einer Nation abhängt, streng gehütet werden? Haben Evakuierungen großen Stils noch einen Sinn?

Das sind einige Fragen, die sich der Autor stellt. Sie übersteigen in ihrer Komplexität und Vielschichtigkeit den gesunden Menschenverstand und lassen sich nur noch mit jenem Satz interdisziplinärer Techniken erfassen, zu denen auch die mathematische Spieltheorie zählt, die O. Morgenstern zusammen mit John von Neumann begründet hat.

Taschenbuch für den Pionierdienst

herausgegeben von Hauptmann Wolfgang Bretzke, Wehr und Wissen Verlagsgesellschaft, Darmstadt. 352 Seiten mit zahlreichen Abb., Skizzen und Tabellen, DIN A 6, Kunststoffeinband, 8,80 DM.

Das vorgenannte Taschenbuch enthält eine Zusammenstellung vieler pionier-technischer Vorschriften und ist als Nachschlagewerk ein ständig bereiter Helfer für die Praxis. Es ist in erster Linie für den täglichen Dienst in der Pioniertruppe geschaffen, wo es Offizieren, Unteroffizieren, Ingenieuren und technischen Beamten wertvolle Hilfe bietet. Doch kann das Taschenbuch auf Grund der Ähnlichkeit der Aufgaben auch den in den Katastrophen-Hilfsdienst-Organisationen tätigen Helfern als brauchbares Hilfsmittel empfohlen werden. Das handliche Format und der strapazierfähige Kunststoff-Einband erlauben es, das Taschenbuch ständig bei sich zu tragen. Das ausführliche Stichwortverzeichnis macht jederzeit eine schnelle Orientierung möglich.

Das Buch ist in folgende Hauptabschnitte untergliedert:

Grundsätze für den Pioniereinsatz, Sperrdienst, Wasserdienst, Baudienst und Tarndienst. Der Anhang beschreibt allgemeinmilitärisches Wissen.

Einige der Abschnitte sind nicht bzw.

in beschränktem Umfang für den Gebrauch im zivilen Bevölkerungsschutz geeignet. Praktische Hinweise enthalten die Hauptabschnitte „Wasserdienst“ und „Baudienst“, in denen z. B. die Flußerkundung, das Erkunden von Übersetzstellen und Brückenstellen, das Prüfen von Brücken, der Stegebau und der Brückenbau, der Behelfsbrückenbau, die Entwässerung von Straßen und die Beseitigung von Schlaglöchern und Trichtern beschrieben werden.

Taschenkalender 1963 für die Feuerwehr

herausgegeben von der Landesdienststelle für Feuerschutz in Zusammenarbeit mit dem Verband, erschienen im W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart. 248 Seiten. Taschenformat. Dauerhafter Plastik-einband, 2,20 DM. Der Kalender erscheint in 7 Landesausgaben: Baden-Württemberg — Hessen — Niedersachsen und Bremen — Nordrhein-Westfalen — Rheinland-Pfalz — Saarland — Schleswig-Holstein und Hamburg.

Wie in jedem Jahr enthält der Taschenkalender auch diesmal außer dem Vormerkkalender wieder viele interessante Angaben aus dem Bereich des Feuerwesens und des zivilen Bevölkerungsschutzes. Die Angaben werden außer den Feuerwehrmännern auch die aktiven Mitarbeiter des zivilen Bevölkerungsschutzes interessieren.



Verlangen Sie Informationsmaterial über das

KATADYN-VERFAHREN

zur Entkeimung und Bevorratung von Trinkwasser für Luftschutz und Katastrophenfälle

Amtlich geprüft und zugelassen
Geschmack- und geruchlos
Gesundheitsunschädlich

Wiederverkäufer und Provisionsvertreter für den Besuch von Behörden gesucht!

Deutsche Katadyn-Gesellschaft m.b.H.
München 12 Schäufeleinstraße 20

Wo fehlt eine?
Bei uns alle Schreibmaschinen.
Riesenauswahl, stets Sonderposten. - Kein Risiko, da Umtauschrecht - Kleine Raten. Fordern Sie Gratis-katalog E 26



NOTHEL GM Deutschlands größtes BH Büromaschinenhaus
Göttingen, Weender Straße 11

AUER INFORMATIONEN

Daß Menschen ungefährdet arbeiten können ...

AUER-Raumfilter für Belüftungsanlagen von Schutzraumbauten

AUER-Raumfilter werden in Belüftungsanlagen von Schutzraumbauten eingesetzt und dienen im Schutzluftfall zur Reinigung und Entgiftung der angesaugten Außenluft von gasförmigen Kampfstoffen (außer CO) und sämtlichen Aerosolen radioaktiver, biologischer und anderer Natur.

Die konstruktive Ausführung der AUER-Raumfilter ist das Ergebnis langjähriger praktischer Erfahrungen und neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse auf dem Gebiet der Belüftungstechnik für Schutzraumbauten.

AUER-Raumfilter entsprechen dem Entwurf der „Richtlinien für Lieferung und Abnahme von Belüftungsanlagen in Schutzraumbauten“, Fassung Juli 1962, herausgegeben vom Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung.

Unter Berücksichtigung der geforderten Luftmengen werden AUER-Raumfilter in drei Standardgrößen hergestellt:

1. AUER-Raumfilter R 1,5:

Nennluftmenge 1,5 m³/min, max. Durchflußwiderstand bei Nennluftmenge 70 mm WS, für Schutzräume mit ca. 25 m² Nutzungsfläche

2. AUER-Raumfilter R 3,0:

Nennluftmenge 3,0 m³/min, max. Durchflußwiderstand bei Nennluftmenge 70 mm WS, für Schutzräume mit ca. 50 m² Nutzungsfläche

3. AUER-Raumfilter R 10:

Nennluftmenge 10 m³/min, max. Durchflußwiderstand bei Nennluftmenge 100 mm WS, für Schutzräume mit ca. 150 m² Nutzungsfläche

AUERGESSELLSCHAFT GMBH

BERLIN N 65 (WEST)
ESSEN, Postfach 116 · FRANKFURT/M., Postfach 9115
HAMBURG 1, Große Allee 28 · HANNOVER, Rühmkorfstraße 13 · MÜNCHEN 13, Postfach 467





»Diplomat

der Menschlichkeit«

Dr. Heinrich Weitz †

Im Alter von 72 Jahren ist der ehemalige Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Heinrich Weitz, in einem Duisburger Krankenhaus verstorben. Wiederum hat der Tod eine Lücke gerissen in die Reihe derjenigen Männer, die mit aller Kraft dem öffentlichen Wohl gedient haben. Unter ihnen war Dr. Weitz eine Persönlichkeit, die, tief verwurzelt in einer echten heimatlichen Tradition und geformt von einer inneren Haltung, die religiöse und sittliche Werte als ihre Leitsterne betrachtete, die kraft eines besonderen Verantwortungsbewußtseins und kraft eines festen Charakters schon früh zu führenden Aufgaben im öffentlichen Leben Deutschlands berufen war. Geboren in Linnich am Niederrhein als Sohn eines Mühlenbesitzers und herangereift auf dem Gymnasium zu Münstereifel, verband sich in ihm rheinischer Humor mit einer nie wankenden Gesinnung, die sich einem streng sachlichen Dienst an den vielfach gestellten öffentlichen Verantwortungen aus letzter Überzeugungskraft verpflichtet fühlte.

Wie viele hervorragende Männer des Rheinlandes, erprobte er seine Fähigkeiten im städtischen Verwaltungsdienst. Als Oberbürgermeister von Trier hatte auch sein Name im Kreise der führenden Oberbürgermeister der rheinischen Städte in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen einen besonderen Rang und Klang. Die Verfolgung durch den Nationalsozialismus blieb auch ihm nicht erspart. Er mußte seine Stellung als Oberbürgermeister der Stadt Trier aufgeben und zog sich ins Privatleben zurück.

Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 trat er an die Spitze der Stadt Duisburg, die durch den Krieg und seine schweren Folgen besonders stark in Mitleidenschaft gezogen war. Mit Energie setzte er sich für den Wiederaufbau ein und hat insbesondere auch im Ringen um die Abstellung der Demontagemaßnahmen seinen Mann gestanden. Seine Offenheit und sein aufrechter Geist haben nicht davor zurückgeschreckt, auch gegenüber den Besatzungsmächten das zu vertreten, was er für das Wohl der ihm anvertrauten Volksteile für richtig und notwendig fand. Als Finanzminister des Landes

Nordrhein-Westfalen war er ein unerschrockener Kämpfer für die Sauberkeit des Staatsetats.

Als Demokrat konservativer Prägung war Dr. Heinrich Weitz jedem Nationalismus abhold, setzte sich aber für die nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes entschieden ein. Dabei blieb er zugleich aufgeschlossen für alle neuen Forderungen, die die Zeit stellte. Seine politische Leidenschaftlichkeit, die gepaart war mit einem warmen Herzen und mit weitgespanntem sozialem Verständnis für alle Not, die ihm begegnete, ließ den nimmermüden Mann, der mit einer schweren Verwundung aus dem ersten Weltkrieg heimgekehrt war, nicht ruhen und nicht rasten.

Seine Verdienste um das Deutsche Rote Kreuz und um seine durch die Nachkriegsverhältnisse bedingten besonderen Aufgaben wurden besonders gewürdigt durch die Verleihung des Titels als Ehrenpräsident des Deutschen Roten Kreuzes. In der Tat wurde ihm durch die Bestellung zum Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes ein Amt zuteil, das seiner inneren Natur und seinen organisatorischen und verwaltungstechnischen Fähigkeiten in besonderer Weise entsprach. Der Ruhm, den er sich durch seine karitativen Taten im Dienste des Roten Kreuzes erwarb, macht ihn unvergänglich. Er führte sein Amt mit souveräner Unabhängigkeit, nur dem hingegeben, was es aus sich verlangte. Anlässlich seines Abschieds von diesem Amt hat ihn Bundespräsident Dr. Lübke als „Diplomat der Menschlichkeit“ gekennzeichnet. Dieses Wort umfaßt die Fülle dessen, was er leistete.

Seine Verdienste um die Rückführung der Kriegsgefangenen, um die Auffindung von Vermissten und Verschollenen ist der Anerkennung aller derjenigen gewiß, denen er die Lieben zurückgab oder denen er ihr Andenken zu ehren ermöglichte. Zahlreiche Reisen führten ihn in die Länder der ehemaligen Kriegsalliierten, so auch in die Ostblockländer und nach Moskau. Seine Energie in der Verfolgung seiner Ziele, in der Linderung und Überwindung menschlichen Leids kannte keine Grenzen.

LS IN SALZBURG

Auch in Österreich interessiert sich die Bevölkerung immer mehr für die Probleme des Zivilschutzes.

Für das Bundesland Salzburg führte der Österreichische Zivilschutzverband erstmals im Bezirk Tennengau Aufklärungsvorträge durch. Der Landesverband Salzburg hatte diese Aktion für die zweite Hälfte des Septembers angesetzt und entsprechend vorbereitet.

Rund 600 Teilnehmer — für den kleinen Bezirk eine beachtliche Zahl — zeigten für den Sinn und die Ziele des Zivilschutzverbandes ein reges Interesse. In den Diskussionen ging es recht lebhaft zu; das reiche Anschauungsmaterial bot Anlaß zu eingehenden Gesprächen, und der aus der Schweiz stammende Film „Vielleicht schon morgen“ beeindruckte stark.

Die Besucher dieser Vorträge setzten sich aus allen Bevölkerungsschichten zusammen. Es darf als erfreulich bezeichnet werden, daß neben Bürgermeister und Gemeindevertretern überall starke Abordnungen der Feuerwehr, des Roten Kreuzes, der Verwaltung und der Schulen erschienen waren.

Zu beachten bei diesem offensichtlichen Erfolg ist die Tatsache, daß auch im Salzburgerischen das Thema „Zivilschutz“ nicht gerade populär ist. Doch der gegenwärtige „Kalte Krieg“ und die ständigen Versuche mit Atomwaffen haben die Bevölkerung nachdenklich gemacht.

Das Landessekretariat des ZS-Verbandes steht nun vor der Aufgabe, die Betriebe des Tennengaus organisatorisch zu erfassen. Vorgesehen sind zunächst Vorträge über den betrieblichen Zivilschutz, später die Aufstellung von Zivilschutz-Gemeindestellen. Intensiv wird die Werbung von freiwilligen Mitarbeitern getrieben, um nach Schulung und Einweisung einen arbeitsfähigen Kader für eine wirksame Zivilschutz-Organisation in diesem Bezirk heranzubilden.

Jeder Teilnehmer an einem Vortrag erhielt ein Formular, auf dem er seine Meinung zum Zivilschutz mitteilen konnte, außerdem das Merkblatt „Die zwölf Gebote des selbstschutzbereiten Hauses“. Auch wurde eine Ausgabe des landeseigenen Zivilschutz-Mitteilungsblattes verteilt.

Das Echo war erfreulich. Beim Landessekretariat trafen viele Zuschriften ein. Betriebe baten um einen Referenten für einen Vortrag. Die Anmeldungen zur Mitgliedschaft gingen täglich in steigendem Maße ein. — Im Frühjahr 1963 soll die Aufklärung im Bezirk Pongau beginnen.

LUFTSCHUTZ - SIRENENSIGNALE

LUFTALARM

bei Luftangriffen oder Fernwaffenbeschuss
(in diesen Fällen kann auch mit
ABC-Waffenwirkung gerechnet werden).



1 Minute Heulton

ABC-ALARM

bei unmittelbaren ABC-Gefahren
(z.B. erkannter Angriff mit Atom-
waffen, radioaktiver Niederschlag
oder Einsatz von biologischen
Kampfmitteln bzw. chemischen
Kampfstoffen).



2x unterbrochener Heulton von 1 Minute Dauer

ENTWARNUNG

Ende der unmittelbaren Gefahr



1 Minute Dauerton

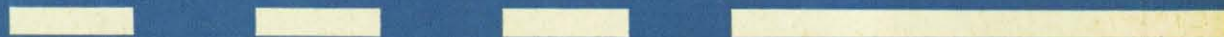
FRIEDENSMÄSSIGE SIRENENSIGNALE

FEUERALARME



2x unterbrochener Dauerton von 1 Minute

KATASTROPHEN- ALARME



2x unterbrochener Dauerton von 1 Minute

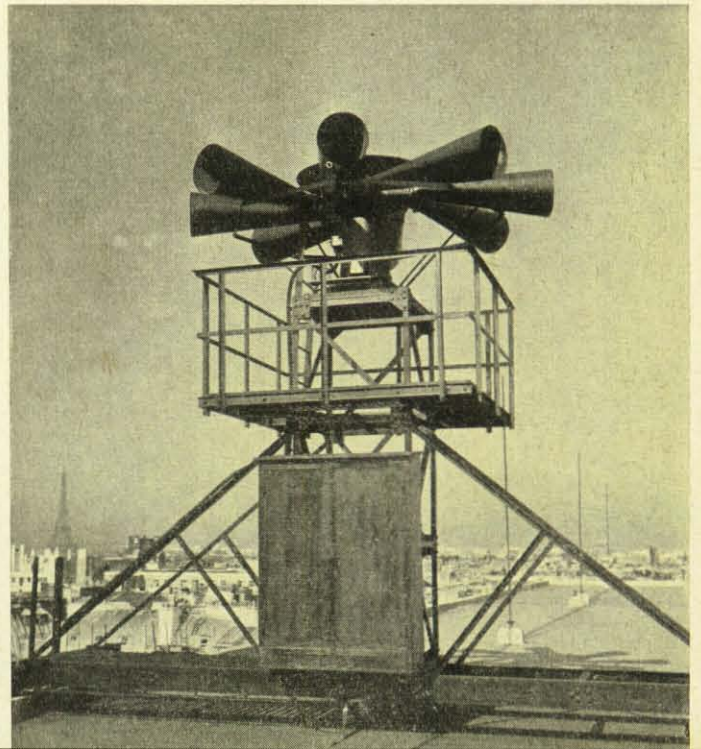
Pause von 12 sec

1 Minute Dauerton



Unser Bild zeigt eine der neuen Sirenen in der Bundesrepublik. Für die Luftwarnung gibt es zwei Sorten von Sirenen, die elektrische und die mit Preßluft betriebene Sirene. Die Preßluftsirene, die vom Versorgungsnetz unabhängig ist, entwickelt die 25fache Leistung der elektrischen Sirene und erreicht eine Lautstärke von 125 Phon. Geplant sind für die Ausstattung des Luftwarnnetzes der Bundesrepublik zunächst 25 000 elektrische Sirenen, von denen bis Mitte 1962 bereits 10 000 montiert waren. Die übrigen 15 000 sind mittlerweile beschafft worden. – Das Sirenenetz soll in den nächsten Jahren auf 55 000 ausgebaut werden.

Unser Bild zeigt eine moderne französische Luftschuttsirene in Paris. – Der französische Warn- und Alarmdienst wird von einem General der Luftwaffe geleitet, der gleichzeitig Verbindungsoffizier zwischen der militärischen Luftverteidigung und der Zivilverteidigung ist. – Innerhalb der Protection civile ist die Abteilung Technik und Ausstattung für den Alarmdienst zuständig. Sie arbeitet eng mit dem Nachrichtendienst des Innenministers, den Post- und Fernmeldebehörden und der Armee zusammen. Es gibt in Frankreich ein drahtloses Warnnetz, an das bereits etwa 2600 Sirenen dank guter Zusammenarbeit angeschlossen sind.





Im Trümmergelände findet der Hund keine Spur, die ihn zu einem Verschütteten hinführt. Sein Führer muß ihn scharf beobachten.

Von A. Baumann, Speyer

In Trümmern gibt es keine Spuren

Große Freude auf allen Seiten! Versteckter, Führer, Helfer und Hund sind der Überzeugung, ihre Sache sehr gut gemacht zu haben.



Zur Rettung von verschütteten Menschen setzten die Engländer mit gutem Erfolg während des zweiten Weltkrieges Hunde ein. Viele dieser vierbeinigen Helfer erhielten sogar Auszeichnungen. Der Bundesluftschutzverband bemüht sich zur Zeit, entsprechend vorbereitete Hunde auf ihre Eignung im Einsatz zu prüfen.

Zu einem ersten Lehrgang dieser Art in Rheinland-Pfalz waren fünf Schäferhunde aus Fußgönheim und zwei Boxer aus Speyer mit ihren Führern zur BLSV-Landesschule in Bingen gekommen. Die Leitung hatte Schulleiter Schnittker übernommen, als Richter fungierte Herr Samsel von der Arbeitsgemeinschaft der Zuchtvereine und Gebrauchshundverbände (AZG). In zwei Vorprüfungen mußte jeder Hund seine Ausdauer (10-km-Lauf in 50 Minuten neben einem Fahrrad) und bei der Suche nach überdeckten Gegenständen seine Stöberfreudigkeit (in 20 Minuten drei Gegenstände von fünf finden) beweisen.

Diesmal keine Polizeihunde

Ehe ein Hund für den Rettungsdienst angesetzt werden kann, soll sein Führer wenigstens in den Grundbegriffen unterwiesen sein, denn er muß ja mit seinem Tier auf die Trümmer steigen, um es einzuweisen. So wurde am ersten Tag des Lehrganges neben einer theoretischen Einweisung eine Probe auf dem sehr gut eingerichteten Gelände gemacht. Im Gegensatz zu den Erfahrungen von 1957 (siehe ZB 2, 3 und 4/1962 „Helfer des Menschen“) ergaben sich in Bingen einige Unterschiede, die sich vermutlich dadurch erklären lassen, daß hier nicht Polizeihunde, sondern solche aus Privatbesitz getestet wurden. Durch die Zugluft in den Gängen auf dem Übungsgelände verfehlten die

Hunde den genauen Standort des versteckten Menschen bis um zwei Meter. Der Privathund zeigt nach der Bergung des ersten von ihm aufgefundenen Verschütteten kein Interesse an der sofortigen Aufnahme der weiteren Suche.

Schlußfolgerung: Der Hund muß seinen Erfolg sehen! Das Versteck muß geöffnet werden und der Verletzte sich zeigen. Anschließend ist dem Hund eine Pause bis zu fünf Minuten zu gewähren, damit für ihn der erste Erfolg und die weitere Suche abgetrennt ist. Nur bei einem Versteck, in einer Schichtung, zeigten die Hunde nicht genau an, da sie, bis auf einen Boxer, nicht in die enge und schräge Wandung hineinkriechen wollten.

Hunde müssen umlernen

Bei der Prüfung wurden durch eine bzw. zwei Personen von zwölf vorhandenen Verstecken zwei besetzt, etwa eine halbe Stunde vorher. Für jedes Versteck blieb dem Hund zehn Minuten Zeit.

Von den Schäferhunden zeigten vier kein Interesse und mußten aufgeben. Der fünfte Schäferhund arbeitete sehr schnell und verblüffend sicher. Leider hatte er einen Fehler. Während der Suche detonierten Knallkörper, und der sehr scharfe Hund biß dem vier Meter abseits stehenden Richter ins Bein. Auch von den Helfern, die den Verschütteten ausgruben, und von dem Verschütteten selbst mußte der Hund ferngehalten werden, da er nach ihnen schnappte. Alle Schäferhunde verwiesen nur durch Scharren und Wedeln. Als Schlußfolgerung ergab sich allgemein: Der als Schutzhund ausgebildete Hund versteht den Unterschied zwischen Fährte (mit Geschirr und Suchleine) und dem Stöbern nicht schnell. Er ist gewohnt, eine Spur aufzunehmen,

die er bei Verstecken unter der Erdgleiche vermißt. Der Hundeführer muß mit seinem Tier vertraut sein, da das manchmal nur sehr schwache Verweisen durch Wedeln mit der Rute übersehen wird. Der Hund wird abgerufen, obwohl er etwas gewittert hat, und weiß dann nicht mehr, was er soll.

Veränderte Situation

Der sonst sehr lautarme Boxerrüde Rex zeigte ein übergroßes Temperament und steigerte sich beim Verweisen bis zum Bellen. Er fand das Versteck mit der einen Person sofort und suchte nach dem Ablegen interessiert weiter. Jedoch verwies er auf zwei leere Verstecke, die er immer wieder anlieft. Die Versteckten, die zum erstenmal mitarbeiteten, hatten aufgehängte Decken abgenommen und sich als Kälteschutz umgelegt. Der Hund verwies am Nebenloch in zwei bis drei Meter Entfernung. Der Boxer konnte auch nicht in den Gang hinuntergelassen werden, da dieser bei 1,50 m Tiefe keinen genügenden Sprungraum bot.

Die Boxerhündin Anni, genannt Antje, fand das erste Versteck nach vier Minuten und verwies — wie auch schon früher — erst durch Scharren, dann Jaulen und schließlich durch Bellen bis zum Abtransport des Geborgenen.

Nach erneutem Ansetzen dauerte es sechs Minuten bis zum Verweisen des zweiten Versteckes. Es wurde allerdings zweimal übergangen. Die beiden Versteckten hatten nämlich geraucht, und durch die gleichzeitige Rauchentwicklung auf dem Trümmergelände verlor der Hund die Menschenwitterung. Erst als die Männer ihre Handschuhe in das Entlüftungsrohr gesteckt hatten, nahm der Hund die Spur auf und ging mit der Nase so tief wie möglich in das Rohr hinein.

Freude und Dank

Beide Boxer wollten sichtlich von den Gefundenen belohnt sein, denn sie zogen ihnen immer einen Handschuh aus und betrachteten diesen als ihre Beute. Das ging so weit, daß Rex, als er einmal keinen Handschuh ergattern konnte, dem Geborgenen auf dem Abtransport nachsprang und sich seine Beute holte. Die Tiere freuten sich über das Auffinden, leckten den Verletzten durch das Gesicht, sprangen hoch und waren toll vor Freude.

Rettungs- und Laienhelferstaffel sind angetreten. Mit im Glied: ein gut ausgebildeter und vor allem interessierter Hund.



Ein besonders gutes Verhältnis muß zwischen dem Führer und seinem Hund bei der Suche nach Verschütteten herrschen.

Bei der Abschlußübung wurde ein Holzstoß entzündet, der bis zu acht Meter hohe Flammen erzeugte. Der Rettungstrupp war mit Rex im Bunker und mußte zum Einsatz den Notausstieg benutzen. Beim Ausstieg mußte er unter den Arm genommen werden und kam strampelnd oben an. Das lodernde Feuer beeindruckte den Hund nicht, doch versuchte er der starken Hitzestrahlung auszuweichen. Sobald er aber hinter Trümmern etwas geschützt war, nahm er die Suche auf. Durch die Anwesenheit der vielen Menschen — Rettungstrupp, Brandstaffel, Zuschauer — zeigte er sich beunruhigt. Schlußfolgerung: Der Hund empfindet Hitzestrahlung, sobald sie einen gewissen Grad übersteigt, als unangenehm. Nach den Erfahrungen von Bingen sollte der Hund erst nach der Brandbekämpfung eingesetzt werden.

Unentbehrliche Hilfe

Der Einsatz von Hunden zur Rettung von verschütteten Menschen ist bei guter Ausbildung von Tier und Führer sehr erfolgversprechend. Der Führer muß mit seinem Hund gut vertraut sein. Das Tier soll mutig, aber nicht bissig sein.

Die Ausbildung des Hundes sollte schon

auf Ortsebene in Zusammenarbeit mit dem BLSV auf geeignetem Übungsgelände stattfinden. Ein viertägiger Lehrgang reicht für eine überzeugende Ausbildung nicht aus.

Stufenweise Ausbildung

Die Ausbildung müßte in folgender Reihenfolge systematisch erfolgen: Suche nach dem eigenen Herrn, nach dem bekannten Führer, nach einem Fremden und schließlich nach einem Schockverletzten. Nach jedem erfolgreichen Verweisen ist das Versteck aufzudecken, und der Gefundene soll das Tier streicheln und ihm einen Leckerbissen geben.

Zu klären ist, ob die örtliche Verwaltung für den ausgebildeten Rettungshund Steuerfreiheit gewährt. Daß dem Besitzer, wenn sein Hund im Dienst zu Tode kommt, von der Versicherung nur bis zu 600 DM gezahlt werden, ist nach Ansicht des Verfassers zu wenig, da es sich um einen ausgebildeten Rassehund handelt.

Stadt im Stahlgewitter

Von Manfred P. Vogt

Schluß



Die letzte Folge schloß: Und weiter geht das Leben und weiter der Krieg. Immer kritischer wird die Situation für die Bevölkerung. Immer unruhiger gehen die Menschen des Abends zu Bett, denn jede Nacht kann einen noch schlimmeren, noch vernichtenderen Angriff bringen. Was die Zeitungen nicht berichten, das geht von Mund zu Mund weiter.

Es wird noch schlimmer kommen! Mit vier Angriffen auf die Stadt bringt der April einen ersten Begriff von dem bevorstehenden Unheil. Zwischen den krepierenden Flakgranaten und den huschenden Lichtbündeln der Scheinwerfer leuchten am Sonntag, 9. April 1944, plötzlich einige Kaskaden auf. Gleich darauf fallen Bomben auf Mundenheim und die Stadtteile Süd, Mitte und Nord. Der nächste Angriff folgt 14 Tage später. Zehn Flugzeuge werfen nachts ihre Bombenlast ab. Am nächsten Tag, kurz nach 21 Uhr, warnen erneut die Sirenen. Die Bevölkerung erreicht nicht mehr die schützenden Bunker. Elf Menschen finden am Eingang zum Pfalzbau-Bunker den Tod. Diesmal haben etwa zwanzig der schnellen Moskitos angegriffen. Der Kommandeur der Schutzpolizei fügt der Meldung an seine vorgesetzte Dienststelle zu: „Es dürfte in Erwägung zu ziehen sein, den Fliegeralarm 15 Minuten vor möglichem Angriff auszulösen.“

In der folgenden Nacht heulen schon wieder die Sirenen. Aber erst eine halbe Stunde später fallen die Leuchtbomben, anschließend Minen-, Spreng- und Brandbomben. Allein im Werk Ludwigshafen der IG-Farben lodern 15 Großbrände auf. Die Stadt hat diesmal für 500 Obdachlose zu sorgen. Immer dichter folgen die Angriffe aufeinander. In der Nacht zum 2. Mai werfen 20 Moskitos zwölf Minen- und 14 Sprengbomben. Wiederum schreibt der Polizeikommandeur: „Auch bei diesem Angriff war die Zeit zwischen Alarm und Bombenabwurf sehr gering. Zu Beginn der Flaktätigkeit befand sich die Bevölkerung auf dem Wege zu den LS-Bunkern. Bei dem Einsatz der raschen Jagdbomber ist, um Menschenverluste zu vermeiden, eine rechtzeitige Auslösung des Alarms, mindestens 15 Minuten vor möglichem Angriff, dringend notwendig.“ — Zwei Nächte später, in der letzten Viertelstunde des 3. Mai, sind die Moskitos wieder da. In der folgenden Nacht ziehen etwa 20 Moskitos über der Stadt ihre Kreise.

Der 27. Mai, ein Samstag, bringt den 75. Angriff, und es scheint, als habe der Gegner sich für dieses „Jubiläum“ etwas Besonderes ausgedacht. In der Nacht vorher hatte ein Angriff von rund 30 Flugzeugen die Bevölkerung in die Keller und Bunker getrieben.

Um 12.12 Uhr wird schon wieder Alarm gegeben. Doch vergehen noch fast 50 Minuten in Ruhe, dann ziehen am klaren Himmel annähernd 400 Flugzeuge heran. Im Verlauf einer knappen halben Stunde rauschen elf Bombenteppiche auf Ludwigshafen herunter.

Bei der LS-Leitung trifft eine Hiobsbotschaft nach der anderen ein. Das Gasnetz ist an zwei Dutzend Stellen zerstört. Mehrere Bomben haben das Hauptwasserwerk außer Betrieb gesetzt und den Erdbehälter zerstört. Sofort wird die Notwasserversorgung durch die Ludwigshafener Industrie eingeschaltet, doch dieses Wasser darf in den folgenden Wochen nur in abgekochtem Zustand verwendet werden.

Im Vieh- und Schlachthof sind sämtliche Hallen und die Schlachthanlage für Großvieh zerstört. Im Lager des Benzolverbandes steht ein Tank in Flammen. Im Hafen sinkt der Güterdampfer „Randswyk“. Auf dem Gelände der Reichsbahn sterben 14 Menschen. In einem Personenzug zwischen Hauptbahnhof und Mundenheim werden 30 Fahrgäste verletzt. Erst drei Tage später kann ein eingleisiger Verkehr nach Mannheim und Neustadt aufgenommen werden.

Pause durch Invasion

In den folgenden Nächten stehen wieder die Kaskaden der Zielmarkierungsbomben über Ludwigshafen. Nach dem 7. Juni gibt es für die schwergeprüfte Bevölkerung eine trügerische Ruhe von fast sechs Wochen. Andere Geschehnisse überschatten zunächst einmal den Bombenkrieg. Die Alliierten sind in der Normandie gelandet.

Mit ernstem Gesichtern sitzen die Menschen vor den Rundfunkgeräten. Der Krieg ist in sein letztes Stadium getreten. Den Optimisten aber scheint die Meldung des deutschen Rundfunks vom 17. Juni recht zu geben: „Seit dem 15. Juni, 23.40 Uhr, liegen Südengland und das Städtgebiet von London mit nur geringen Unterbrechungen ständig unter dem Feuer unserer schweren Sprengmittel. Mit stärksten Zerstörungen in den betroffenen Gebieten ist zu rechnen. In der Normandie kam es gestern wieder zu für uns erfolgreichen Angriffs- und Abwehrkämpfen...“

Sie kommen wieder!

Der 21. Juli ist ein dunstiger Tag. Überall in der Stadt bespricht man das mißlungene Attentat auf Hitler vom Vortag. Um 9.01 Uhr wird Fliegeralarm gegeben. Südlich und nördlich stoßen zunächst Verbände an der Stadt vorbei. Mehr als zwei Stunden vergehen in banger Ungewißheit, dann nähern sich von Osten Motorengeräusche. Etwa 50 Maschinen sind über der Stadt.

Ein Bombenteppich geht auf das Gebiet Frankenthaler-, Deutsche- und Jägerstraße nieder, ein zweiter auf den Rangierbahnhof Ludwigshafen und der

dritte trifft die Gärten hinter der Knollkaserne, Mundenheim und die Stadtteile Süd und Mitte melden 6 Totalschäden, 25 schwere und über 200 mittlere und leichte. Der schwerste Verlust trat auf dem Gelände der Firma Halberg auf. Eine Sprengbombe traf einen Deckungsgraben. Aus den Trümmern werden 42 Tote, 34 Schwerverletzte und 18 Leichtverletzte geborgen.

In der Nacht zum 26. Juli fallen nur drei Bomben. Eine davon, eine Minenbombe, löscht im Kriegsgefangenenlager in der Gemarkung Oppau das Leben von 60 Polen und zwei Italienern aus, die in einem Deckungsgraben Schutz gesucht hatten.

Warten auf den Schlag

Den bisher schwersten Angriff erlebt Ludwigshafen noch am Monatsende. Kurz nach 10.30 Uhr Voralarm, 11.46 Fliegeralarm. In das Heulen der Sirenen mischt sich schon der gefürchtete Brummen der anfliegenden Verbände. Wieder einmal ziehen die Flugzeuge an der Stadt vorbei. Erfahrungsgemäß kein Grund, Entwarnung zu geben.

Eine Stunde später nähert sich ein neuer Verband. Weit vor der Stadt teilt er sich und setzt vom Westen und Südwesten her zum Angriff an. Als die letzte Maschine nach 33 Minuten abdreht, sind 3150 Spreng- und 8500 Brandbomben abgeworfen.

Trümmer sperren Straßen

Das Werk Ludwigshafen der IG-Farben hat 171 Einschläge zu verzeichnen, die fünf Großbrände und 45 kleinere Brände verursacht haben. 50 Sprengbomben trafen den Hauptbahnhof, 20 Personenwagen sind vernichtet, das Stellwerk Oggersheim ist zerstört. Die Straßenbahn kann erst nach zwei Tagen einen Pendelverkehr nach den Vororten einrichten, so häufen sich in den Straßen die Trümmer. Auch der Fernsprechverkehr in der Stadt ist ausgefallen.

Haben die Bomber ihren Flugplatz erreicht, so ist ihr Zerstörungswerk für die schwer angeschlagene Stadt noch nicht beendet. Im ganzen Stadtgebiet detonieren in den nächsten Stunden noch Bomben mit Langzeitzündern und richten weitere Zerstörungen an.

Zwölf Bombenteppiche

Dann kommen für Ludwigshafen vierzehn Tage ohne Angriff. Zwar wird oft Luftwarnung gegeben, doch andere Städte im weiten Umkreis sind die Ziele. Am 14. August überfliegen wieder mehrere Wellen die Stadt. Einige Neugierige sind vor die Schutzräume getreten und diskutieren, wem diesmal der Angriff gelten mag. Welle auf Welle zieht vorüber.

Da! Plötzlich Rauchzeichen am Himmel, und zwölf Bombenteppiche rauschen herab. In zwanzig Minuten ist alles vorbei. Eindeutig hatten die Besatzungen die beiden Werke der IG-Farbenindustrie als Zielgebiet angewiesen bekommen. In dem riesigen Werk am Rhein — und auch im Stadtteil Friesenheim — lodern die Brände. Hier sind 1635 Sprengbomben, 1500 Stabbrandbomben und 800 Flüssigkeitsbrandbomben gefallen.

Bomben zu jeder Tageszeit

In der Nacht zum 18. August werden erneut Wohnviertel und Industriebetriebe getroffen. Es geht alles ganz rasch: 23.30 Uhr Luftwarnung, 23.40 Uhr Fliegeralarm, 23.57 Uhr die ersten Bomben. Den Abflug des Verbandes beleuchtet eine Viertelstunde später der Brand von fünf Kesselwagen mit Benzin im Werk Oppau der IG.

Der Wehrmachtsbericht spricht diesmal nur von einzelnen britischen Flugzeugen. Neun Tage später wird Ludwigshafen schon wieder erwähnt: Zwischen 10.34 und 10.38 Uhr fielen am 26. August 350 Sprengbomben auf die Rangierbahnhöfe Ludwigshafen und Oggersheim, auf die Knoll AG, auf Werk Oppau und einzelne Wohngebiete. Die nächsten 140 Sprengbomben gingen in der übernächsten Nacht auf das Stadtgebiet nieder.

Schnelles Handeln wirkte

Niemand hätte gedacht, daß die so schwer angeschlagene Stadt weiter auf dem Programm der Bomberverbände stehen würde. Aber allein im September müssen neun Angriffe ertragen werden.

Das Ausmaß der Schäden eines Bomben Hagels in den Mittagsstunden des 3. Septembers meldet einer der umfangreichsten Berichte der örtlichen LS-Führer auf dem Dienstwege nach Berlin. Unter Kapitel „Sonstiges“ schreibt darin der Kommandeur der Schutzpolizei: „Die Bevölkerung hat sich zur Brandbekämpfung tatkräftig eingesetzt. Durch die Mithilfe wurden unzählige Entstehungsbrände raschestens abgelöscht. Hierdurch wurden große Brände verhindert und viele Häuser gerettet. Zur Bekämpfung der großen Brände standen genügend Feuerlöschkräfte bereit. Durch den raschen Einsatz dieser Kräfte konnten in verhältnismäßig kurzer Zeit die Brandherde eingedämmt und abgelöscht werden.“

Bilanz des Grauens

Welche Anstrengungen die Ludwigshafener an diesem 3. September vollbracht haben, läßt sich aus einer Aufzählung der schwersten Schäden ermesen. 40 Sprengbomben und 540 Stabbrandbomben trafen das Werk Oppau. Acht Fabrikationsgebäude wurden beschädigt, zwei Großbrände und fünf kleinere Feuer mußten gelöscht werden. In den Gemeinschaftslagern V und VI verbrannten 14 Baracken; in getroffenen Deckungsgräben kamen 46 Menschen ums Leben und 125 wurden verletzt. Bei Grünzweig & Hartmann brannten ein Bürogebäude und ein Unterkunftsgebäude. Der Dachstuhl der IPORKA-Trocknerei brannte aus, weitere zehn Brände in diesem Werk konnten rechtzeitig gelöscht werden. Von zwei Sprengbomben in den Wöllner-Works traf eine das Ausländerinnenlager. Fünf weitere große Betriebe der Stadt meldeten Brandschäden, ebenso die Wehrmachtskaserne in der Knollstraße.

Der Hauptbahnhof Ludwigshafen erhielt 16 Sprengbombentreffer, außerdem gingen hier 100 Flüssigkeitsbomben nieder. Die Flakstellung auf Bunker 4 wurde vernichtet. Im Stadt-

teil Rheingönheim brannte der Turm der katholischen Kirche aus. Im Stadtteil Nord zerstörten Bomben die Blumen-Apotheke in der Welslerstraße. In ihrem Luftschutzkeller befanden sich 40 Menschen, von denen acht nur noch als Tote geborgen werden konnten. Im Keller des Hauses Seilerstraße 1 überlebten von zehn Menschen nur drei diesen Angriff.

Und der Mensch?

Die Aufzählung der Angriffe und die protokollarischen Angaben über das Ausmaß der Schäden, die saubere Trennung von Toten, Schwerverwundeten und Leichtverletzten — kurz die „Buchhaltung“ jener grauenvollen Tage und Nächte — könnte bei der jüngeren Generation den Eindruck erwecken, daß die Menschen damals in dumpfer Verzweiflung lebten, unfähig, das Unheil abzuwehren, und tatenlos Tod oder Überleben abwarteten.

Wie war es nun wirklich? Die von offizieller Seite geführten Tagebücher berichten hierüber nichts. Nur zwischen den Zeilen läßt sich herauslesen und ahnen, wie der Mensch das Inferno eines massierten Bombenangriffs erlebte — überstand oder nicht. Der nachstehende Bericht mag als Beispiel gelten.

„Wir sind wieder dran!“

Am Morgen des 5. September 1944 sitzt eine Frau in der Oggersheimer Siedlung im Hengstpark über ihre Nähmaschine gebeugt. Da heulen die Sirenen öffentliche Luftwarnung. Sechs Minuten später, es ist genau 10.30 Uhr, wird Luftalarm gegeben. Die Frau erhebt sich, um zum nahen Laufgraben zu gehen. In der Tür trifft sie auf ein Mädchen. Beide überlegen kurz, wo für sie der sicherste Ort sein könnte, dann eilen sie in den Keller der Bäckerei.

Stille vor dem Sturm

Um 11.09 Uhr sind die angreifenden Verbände im Feuerbereich der Flak. Bei jedem Abschuß der schweren Batterien zittert die Erde. Unwillkürlich ziehen die Erwachsenen bei jeder bis in den Keller dringenden Detonation den Kopf ein, die Kinder weinen leise vor Furcht. Im Raum werden nur wenige Worte gewechselt, die Stimmen klingen belegt.

Da fallen die ersten Bomben. Immer stiller werden die Menschen in dem Keller. Schlagen die Bomben in nächster Nähe ein, wenn der Mörtel von den Wänden und von der Decke herabrieselt, so bewegt sich manches Lippenpaar im Gebet. „Wenn es doch schon vorbei wäre!“ sagt jemand in die Stille hinein. Niemand erwidert etwas, denn sie denken alle so.

Man braucht uns!

Plötzlich rauscht es heran, begleitet von einem unheimlichen Pfeifen. Tief ducken sich die Menschen im Schutzraum. Das Bersten der Sprengbombe dringt schrecklich in die Ohren, dann im hellen Ton die fliegenden Splitter und das Klirren der Dachziegel.

„Das war ganz nahe!“ Die Frau springt auf und eilt aus dem Keller. Sie läuft die Straße entlang und findet ihre Ah-

nung bestätigt: Der Laufgraben, den sie mit dem Mädchen hatte aufsuchen wollen, ist getroffen! Die Frau läuft, so schnell ihre Füße sie tragen. Von allen Seiten rennen Frauen und Männer auf die Stätte des Grauens zu. Sie achten nicht auf die zirpenden Flaksplitter, die klickend aufs Pflaster und gegen die Dächer schlagen. Auch die Motorengeräusche in der Luft interessieren jetzt nicht. In dem Graben müssen 80 Menschen Zuflucht gesucht haben!

Zupacken — helfen

Mit bloßen Händen versuchen die Helfer in den Graben einzudringen, um zu retten, wo noch ein Funke Leben ist. An den ersten Leichen vorbei stoßen sie auf eine unter Betonbrocken eingeklemmte Frau. Die Männer wuchten das erdrückende Gewicht hoch, ziehen die Frau heraus. Sie scheint schwer verletzt zu sein. Endlich befreit, öffnet sie die Augen und fragt nach ihrem Kind. Niemand kann es ihr sagen. Erst später, kurz vor ihrem Tode, wird sie erfahren, daß ihr Kind voranging.

Immer mehr Helfer kommen zu dem Ort dieser grausigen Katastrophe. Niemand nimmt Rücksicht auf die Gefahr, in der er selbst schwebt. Retten und helfen, wo der Tod noch nicht zugeschlagen hat! In der nahen Gastwirtschaft ist ein Verbandraum. Dorthin werden die Verwundeten gebracht. Die Telefonleitungen sind zerstört, so müssen Melder sich auf den Weg machen, um ärztliche Hilfe zu holen. Kostbare Zeit vergeht, notdürftig versucht man das Blut zu stillen. Die aus dem Graben geborgenen Leichen legt man in eine lange Reihe.

Abseits steht eine Frau und weint. Ihr Mann und ihr kleiner Junge sind noch nicht gefunden worden. Endlich entdecken die Männer im Grabengewirr das zweijährige Kind. Es liegt geschützt unter verschobenen Betonplatten. Der tote Vater hält es mit der Hand noch fest. Die Männer stemmen die Schulter unter die Platten. Oft schwebt das Kind für Sekunden wieder in Lebensgefahr. Da liegt es für einen Augenblick frei und kann hervorgezogen werden.

Hätte man doch ...

Stundenlang ziehen sich die Bergungsarbeiten mit den unzureichenden Hilfsmitteln hin. Unter den Bewohnern der Siedlung aber herrscht Verbitterung. Mehrmals hatten sie sich an die zuständigen Stellen gewandt, aber nichts war zu ihrem Schutz geschehen. Sogar der nun zerstörte Laufgraben war in Selbsthilfe von den Siedlern gebaut worden.

Dieser 88. Angriff auf Ludwigshafen hat insgesamt 29 Menschen das Leben gekostet. 40 Menschen wurden verletzt, und 2800 Einwohner verloren ihr Heim.

Immer schlimmer

Die Vernichtung der Stadt am Rhein geht systematisch weiter. Zu jeder Tages- und Nachtzeit müssen ihre Bewohner mit Fliegeralarm rechnen. Manchmal sind ihnen ein paar Tage Ruhe vergönnt gewesen, oft ist der Entwarnung sofort ein neuer Alarm gefolgt. Niemand kann voraussehen, wo die stärksten Zerstörungen auftreten werden, welcher

Stadtteil oder welches Werk besonders schwer getroffen wird.

Die Zahl der anfliegenden Flugzeuge geht in die Hunderte, die der abgeworfenen Spreng- und Brandbomben in die Tausende. Die Front rückt immer näher, und inzwischen ist der Volkssturm aufgerufen worden. Über Ludwigshafen stehen dunkle schwere Rauchwolken. Am 29. Oktober werfen zwei Flugzeuge sechs Bomben. Das war der 100. Angriff.

3000 Bomben

Am 6. November sind 400 Flugzeuge über der Stadt und werfen zwischen 11.12 und 11.36 Uhr 2000 Spreng- und über 1000 Brandbomben ab. In der Stadt und in den Werken die „üblichen Zerstörungen“. Im Russenlager wird ein Deckungsgraben getroffen, und 21 Kriegsgefangene sterben durch die Bomben ihrer Alliierten. Im Städtischen Krankenhaus wird Bau 6 — Innere Abteilung — durch einen Nahtreffer stark angeschlagen und muß geräumt werden. Die Goetheschule erhält einen schweren Treffer, und im Hafen sinken zwei Schleppkähne. Durch einen Volltreffer im Chemischen Werk Raschig wird Chlorgas frei. Die Bevölkerung mußte durch Melder gewarnt werden.

In dem Bericht über diesen Angriff kommt auch ein anderes akutes Problem zur Sprache: „Große Schwierigkeiten wird die Anfuhr von Ziegeln verursacht, da alle verfügbaren Fahrzeuge für den Bau von Panzersperren eingesetzt sind.“

Sofort nach der Entwarnung

Einige ungestörte Tage folgen. Unermüdlich wird versucht, die Schäden an Wohnungen und in den Fabriken zu beseitigen, damit das Leben sich wenigstens etwas normalisiert.

Erst am 5. Dezember erlebt die Stadt wieder einen heftigeren und vor allem überraschenden Angriff. In den Abendstunden zieht die Einwohnerschaft nach der Öffentlichen Luftwarnung in die Bunker und LS-Räume. Um 22.15 Uhr kommt der erlösende langgezogene Sirenenton der Entwarnung. Frauen nehmen ihre schlafenden Kinder auf den Arm, Männer packen sich den Familien-Luftschutzkoffer auf die Schulter. Alle freuen sich, daß sie auf der Straße wieder frische Luft atmen dürfen. Da feuert die Flak!

Sollen die Menschen ihre Wohnungen aufsuchen, oder sollen sie umkehren? Da heulen die Sirenen auf, gleichzeitig entfalten Leuchtbomben und Kaskaden über der verdunkelten Stadt ihre Totenlichter. Zwei Minuten später fallen die ersten Bomben. Die meisten Menschen müssen dort, wo sie sich gerade befinden, notdürftig Schutz suchen. 23 Sprengbomben und 11 Minenbomben werden gezählt. Dem kurzen Angriff fallen 19 Menschen zum Opfer, 87 werden verletzt.

Bombenteppiche auf engem Raum

Sechs Tage später, am 11. Dezember, gehen 470 Sprengbomben auf Ludwigshafen nieder. Kurz vor Mittag werfen 150 Flugzeuge massierte Teppiche auf ein engumgrenztes Stadtgebiet ab. Wieder einmal überstürzten sich in der

örtlichen LS-Leitung die Unglücksbotschaften.

Die Befehlsstelle des Polizeireviere 1 wird an der Westseite von einer schweren Sprengbombe getroffen, die das angrenzende zweistöckige Nachbargebäude durchschlagen hat und bis in den Keller drang, wo sie detonierte. Dabei zertrümmerte sie die 75 Zentimeter starke Giebelwand aus Bruchstein, die Außenwand der Befehlsstelle. Bombensplitter, Stein- und Schuttmassen fliegen in die Befehlsstelle, die Decke stürzt ein und begräbt die Insassen. Unter den 44 Toten befinden sich elf Polizeibeamte.

Ein Langzeitzünder

In der Wredestraße bekämpfen zwei Löschgruppen das Feuer im Haus Nr.18. Zivilpersonen helfen ihnen dabei. Plötzlich zerreißt ein ohrenbetäubendes Krachen das Prasseln der Flammen, und tosend stürzen Mauern und Decken des Hauses in sich zusammen. Drei Männer der Löschgruppen — ein Deutscher und zwei Ukrainer — sowie fünf Bewohner des Hauses werden später als Leichen geborgen. Acht Menschen erleiden schwere Brandwunden und Verletzungen. Fast auf die Minute genau um 15 Uhr ist ein Langzeitzünder explodiert.

15 000 Brandbomben

Bombenangriff Nr. 105 auf Ludwigshafen: Am 15. Dezember, 18.25 Uhr, stehen rote und gelbe Kaskaden über den Dächern. Rund 200 Flugzeuge — Moskitos und viermotorige Bomber — werfen 900 Spreng- und Minenbomben schwersten Kalibers und 15 000 Brandbomben innerhalb 20 Minuten ab. Bilanz: 71 Tote und 28 Verletzte.

Trauriger Jahreswechsel

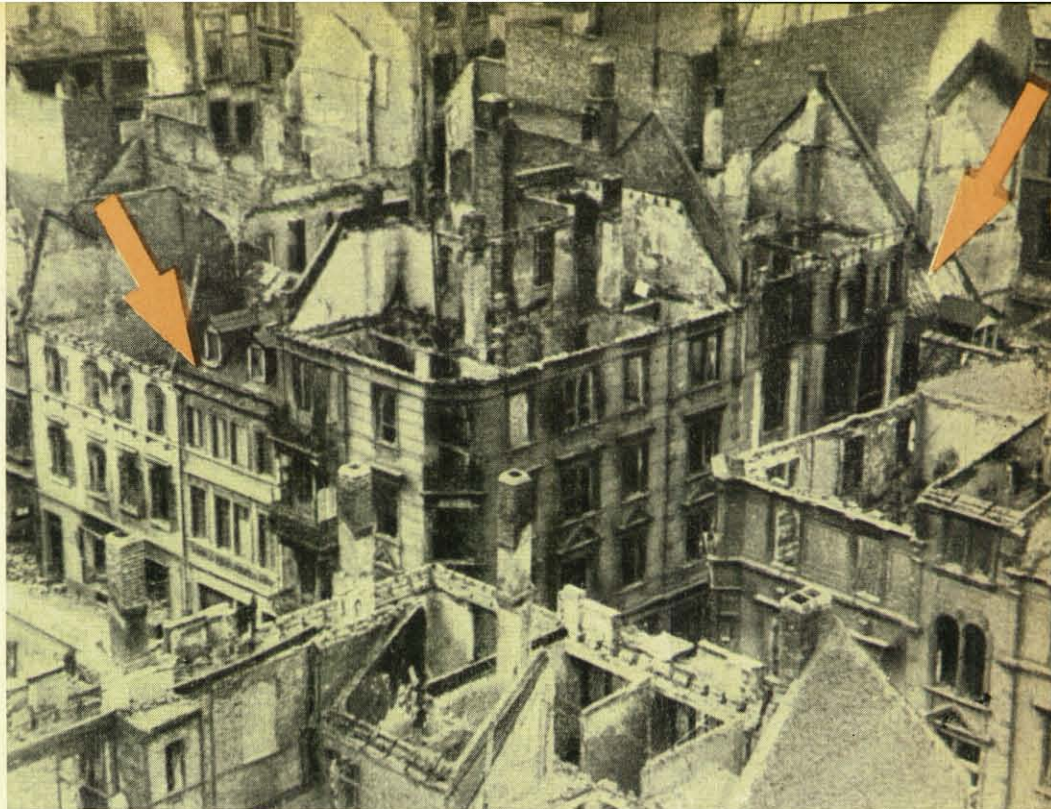
Der Neujahrstag 1945 ist der trostloseste Jahresbeginn in der Geschichte der Stadt Ludwigshafen. Niemals zuvor sind die Bewohner so schrecklich von der Not heimgesucht, von Leid und Trauer erfaßt worden.

Am Abend des 2. Januar vervollständigen 2433 Sprengbomben, 20 Minenbomben und 44 000 Stabbrandbomben das Werk der Zerstörung. Die gleichfalls abgeworfenen Flugblätter bleiben unbeachtet, die Erblüterung ist zu groß.

Wohnviertel umgepflügt

Der 110. Angriff fordert 265 Tote und 172 Verletzte. Schon am Vormittag wird Luftwarnung gegeben, die ersten Bomben fallen kurz nach 15 Uhr. Die Flugzeuge haben Ludwigshafen in zwei Wellen überflogen und in sechs Minuten Schrecken und Grauen verbreitet. Als die Menschen ihre Schutzräume verlassen, sind die Zerstörungen schlimmer, als sie geahnt haben. Insgesamt 1440 Sprengbomben und 23 Minenbomben haben die Wohngebiete und Werkanlagen in Stadtmitte, Nord, Friesenheim, Oppau, Oggersheim und Mundenheim regelrecht umgepflügt.

Von der Ludwigs- und von der Dreifaltigkeitskirche stehen nur noch die tragenden Mauern. Zwölf Bomben haben das Städtische Krankenhaus getroffen. Alle bettlägerigen Kranken müssen nach Speyer, Bad Türkheim und Heidelberg evakuiert werden. Die Gasversorgung ist seit dem letzten Angriff noch nicht wieder in Gang gekommen, nun fällt



Ausgebrannt! Blick auf die Innenstadt von Mannheim nach einem schweren Angriff im Kriegsjahr 1943. Die durch Pfeile gekennzeichneten Gebäude konnten durch den Selbstschutz gerettet werden, da die Brandmauern bis über das Dach hochgezogen waren.

auch die Stromversorgung aus. Wasser wird nur mit geringem Druck geliefert. Am folgenden Morgen werfen 150 amerikanische Flugzeuge 200 Sprengbomben ab.

Am Samstag, 13. Januar, greifen zwei Flugzeuge im Tiefflug viermal Iggelheim mit Bordwaffen an. In Ludwigshafen nähern sich gegen Mittag 200 englische Flugzeuge. Zwischen 13.26 und 13.35 Uhr fallen 900 Sprengbomben. In den Wohngebieten Süd, Mitte und Nord verlieren die Menschen ihre letzte Habe.

„Rollende Einsätze“

In mehreren Wellen laden am 20. Januar 300 viermotorige Bomber in der letzten Stunde des Vormittags fast 1000 Spreng- und 100 Brandbomben ab. Im Hafengebiet wird die Kammersehleuse schwer beschädigt, Feuerlöschboot 13 sinkt. Am nächsten Mittag fliegen 400 amerikanische Bomber die Stadt an und werfen in 22 Minuten 10 000 Brand- und 1883 Sprengbomben ab.

Über 150 000 Brandbomben

Den schwersten Angriff muß die Einwohnerschaft am 1. Februar aushalten. Gegen 11.27 Uhr fallen Bombenteppiche auf Mannheim, aber eine Viertelstunde später bricht über Ludwigshafen die Hölle los. Viermotorige US-Bomber werfen in zwei Wellen 3138 Sprengbomben und 30 900 Brandbomben in die Stadt. Die Wirkung ist entsetzlich. Doch der Tag ist noch nicht überstanden! Der zweite Angriff folgt zwischen 19 und 20 Uhr. Etwa 200 Flugzeuge greifen mit 50 Minen-, 2950 Spreng- und 100 000 Brandbomben an. Bald erhellen 27 Groß-, 351 mittlere und 640 kleine Brände die Szene. 348 Wohngebäude werden vernichtet, in der Walzmühle verbrennen 2000 Tonnen Getreide, im Hafen sinken 5 Schiffe. Der Fahrverkehr über die Rheinbrücke wird durch zwei Bombentreffer beendet.

Bombenkrieg klingt aus

Die letzten Februartage vergehen ohne Störungen. Dafür rückt die Front immer näher. Heimlich werden überall die „Feindsender“ abgehört. Der 1. März aber schlägt allen keimenden Glauben an die Menschlichkeit wieder nieder.

„Terrorangriff“ nennt der Bericht der örtlichen Luftschutzleitung das, was zwischen 15.07 und 15.25 Uhr geschah. Rund 350 englische viermotorige Bomber lassen 1171 Spreng- und 140 000 Brandbomben aus ihren Schächten gleiten. Noch mehrmals heulen die Sirenen, dann beenden am 15. März zwei Flugzeuge, die fünf Sprengbomben abwerfen, den Bombenkrieg für Ludwigshafen.

Bilanz des Grauens: 787 Öffentliche Luftwarnungen, 639 Fliegeralarme. Bei 124 Fliegerangriffen wurden 500 Minenbomben, 39 000 Sprengbomben, 47 000 Flüssigkeits- und Phosphorbrandbomben und 800 000 Stabbrandbomben abgeworfen.

Wer heute durch Ludwigshafen geht, sollte sich in einer stillen Stunde klarwerden, daß diese Stadt von den Menschen wiederaufgebaut wurde, die überlebten. Daß der Mann, der beherzt einen Entstehungsbrand löschte, einen Verschütteten barg, daß die Frau, die mithalf, die sich um die Verwundeten mühte, die durch ihre Anwesenheit Trost, Liebe und Hoffnung schenkte, daß diese Menschen es waren, die nach dem Sturm die Trümmer wegräumten! Nicht die Zauderer, die Besserwisser, sondern die Beherzten waren es. Keine Statistik kann Auskunft geben, wieviel Leben und Gut durch tapferes Zupacken gerettet wurden. Sollte man darum nicht Vorsorge treffen vor möglichen schweren Stunden — die niemand wünscht, aber mit denen man rechnen muß?

Selbstschutzwoche in Dudweiler

(Fortsetzung von Seite 7)

ländischen Helfer anwesend, die sich bei der Flutkatastrophe in Hamburg verdient gemacht hatten. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des BLSV verlieh namens des Vorstandes einem Mitglied des Saarländischen Landtages das goldene Ehrenzeichen des Bundesluftschutzverbandes und ehrte alle in Hamburg eingesetzten Helfer durch die Überreichung einer Ehrenurkunde. In einer kurzen Ansprache legte er die Ideen und Ziele des Verbandes dar. Mit klassischer Musik umrahmte das Orchester der Stadt Dudweiler die Feierstunde.

Anschließend trafen sich alle Teilnehmer der Feierstunde im Übungsgelände der Stadt. Trotz der empfindlichen Kälte hatte sich hier eine große Menschenmenge eingefunden. Am Vortage hatten bis spät in die Nacht freiwillige Helferinnen und Frauen von Verwaltungsbeamten der Stadt die Vorbereitungsarbeiten für ein Eintopfessen besorgt. Der riesengroße Küchenwagen eines im Saarland stationierten Fallschirmjägerbataillons war aufgefahren. Drei Köche der Bundeswehr richteten Erbsensuppe und Würste für die zahlreich erschienene Bevölkerung her. Unter den Klängen der Blaskapelle der Landespolizei verteilten Helferinnen der Ortsstelle unter der Leitung der Frau des Bürgermeisters etwa 1000 Essen, deren „Rohmaterial“ die Geschäftswelt von Dudweiler gespendet hatte. Die Ortsstelle Dudweiler kam auf Grund dieser Essenauslieferung zu dem Ergebnis, daß ein solcher Wagen pro Stunde etwa 900 bis 1000 Personen mit einem Eintopfessen versorgen kann.

Pünktlich um 14.30 Uhr begann die Großübung der Dudweiler Helfer. Der Ortsstelle stehen 300 Helfer zur Verfügung, von denen etwa 40 an der Übung teilnahmen. Zuerst führte der ABC-Trupp vor, wie ein strahlenverseuchtes Gelände ausgemacht und markiert wird. Dann ging der Gasspürtrupp an die Arbeit. Betont langsam zeigte er allen Zuschauern, was im Ernstfalle getan werden muß, um die Zivilbevölkerung vor Schäden an Gesundheit und Leben zu bewahren. Von einer hohen Mauer führte die Rettungsstaffel zwei Abseilübungen vor. Je eine 75 kg schwere Puppe wurde mit dem Leiterhebel und der doppelten Seilbahn abgelassen. Auch diese Übung wurde in langsamem Tempo durchgeführt, um den Zuschauern die Schwierigkeiten des Strickeknotts und des Abseilens vorzuführen. Anschließend barg die Rettungsstaffel aus einer eigens errichteten „Hausruine“ mehrere „Verletzte“, die an Ort und Stelle von der Laienhelferstaffel versorgt wurden. Ein Schminkmeister des Deutschen Roten Kreuzes hatte sechs Verletzte wirklichkeitstreu „hergerichtet“. Fachmännisch prüften Angehörige des DRK die Arbeit der Laienhelferstaffel.

Weibliche Hausfeuerwehr im Einsatz

Um auch den Ausbildungswert der Frau im Selbstschutz unter Beweis zu stellen, wurde eine „Hausfeuerwehr“,

bestehend aus drei Mädchen, auf einen Entstehungsbrand angesetzt. Mit Lösch-eimern, Feuerpatschen und Einstellspritzen gingen sie dem Feuer zu Leibe. Viele Zuschauer waren überrascht, wie dicht die weiblichen Helfer an den Brand herangingen und wie schnell sie die Flammen „schwarz“ hatten.

In dem eigens errichteten Brandhaus lagerten große Mengen von Holz, Teer usw. Der Ausbilder der Kraftspritzenstaffel ist ebenfalls Ausbilder der Dudweiler Feuerwehr. Fachgerecht legte er den Brand. Ein dumpfer Knall, das Haus schien zu bersten — dann schlugen auch schon die Flammen meterhoch aus dem Dach. Die Kraftspritzenstaffel erhielt Einsatzbefehl. Innerhalb von 1 Minute und 12 Sekunden hatte der Angriffstrupp Wasser. In Minuten war das Feuer gelöscht. Nach dieser Vorführung waren die meisten Zuschauer überzeugt, daß bei richtiger Ausbildung der Selbstschutzkräfte solche Brände keine unüberwindliche Gefahr mehr sein müssen.

Das betonte auch Chefredakteur Dinger, als er nach beendeter Übung allen, die teilgenommen hatten, den Dank der Bundeshauptstelle aussprach und insbesondere anerkannte, daß jeder, auch trotz der ungünstigen Witterung, sich so vorbildlich eingesetzt habe. Damit sei bewiesen, daß jeder Handgriff in jeder Situation und unter widrigsten Umständen sitze. Am Abend traf man sich im geselligen Rahmen zu einem Kameradschaftsabend, an dem auch der örtliche Luftschutzleiter teilnahm, um auf diese Weise die enge Verbundenheit von Kommunalverwaltung und BLSV-Helferschaft zu bekunden.

Für die Aufstellung des örtlichen Luftschutzhilfsdienstes wird zur Unterstützung des örtlichen Luftschutzleiters

ein Aufstellungsbearbeiter

gesucht.

Geboten wird eine Vergütung nach BAT Vb. Gefordert werden umfangreiche Kenntnisse und Befähigung zur Erfüllung folgender Aufgaben:

- Werbung der Hilfskräfte und Auswahl von Führern und Unterführern,
- Planung und Vorbereitung von Maßnahmen für die Ausbildung der Helfer,
- Übernahme, Lagerung und Wartung der LS-Ausrüstung und Weiterleitung an die Einheiten,
- Inspektion der gesamten Ausbildung und Ausrüstung.

Bewerbungen sind bis zum 10.1.1963 an die Stadtverwaltung Walsum - Personalabteilung - zu richten.

Der Stadtdirektor
als örtlicher Luftschutzleiter
Schubert.



Landesstellen berichten

SCHLESWIG-HOLSTEIN

BLSV gibt Landespressekonferenz Informationen über aktuelle Fragen des vorsorglichen Selbstschutzes

Am Donnerstag, dem 1. November 1962, sprach Landesstellenleiter A. Lennartz vor den Journalisten der Landespressekonferenz in Kiel bei ihrer turnusmäßigen Sitzung über aktuelle Fragen des vorsorglichen Selbstschutzes. Er zeigte auf, in wel-

che Bedrängnis viele Menschen, vor allem solche, die sich bisher noch nicht ernsthaft mit dem Selbstschutzgedanken befaßt hatten, während der Zuspitzung der Kubakrise geraten seien. Dies habe zu überstürzten Vorsorgemaßnahmen, Angstkäufen oder völliger Ratlosigkeit geführt. Jetzt, nach einer gewissen Entspannung der bedrohlichen weltpolitischen Situation, dürfe man nicht warten, bis es wieder einmal so weit sei. Es könnte dann zu spät sein! Vielmehr sollte man in vernünftiger Weise, ohne irgendwelche Forcierung, mit allen vorsorglichen Selbstschutzmaßnahmen sogleich beginnen.

Für Aufklärung und fachliche Beratung stehe der Bundesluftschutzverband als eine Betreuungsorganisation mit seinen Dienststellen und Helfern überall jedermann und zu jeder Zeit zur Verfügung.

Am Schluß seiner Ausführungen bat der Landesstellenleiter die versammelten Journalisten, die Arbeit des BLSV durch sachliche Berichterstattung und Kommentierung zu unterstützen und zu fördern.

Die Bereitschaft hierzu sowie viel Interesse und Verständnis zeigten sich in der anschließenden Aussprache.

Am Schluß dieser Erörterungen brachte Redakteur Czerannowski als Sprecher der Journalisten zum Ausdruck, daß auch bei den weiteren Sitzungen Informationen über Selbstschutzfragen durch den BLSV immer gern und mit Interesse entgegengenommen würden.

Zusammen mit der Broschüre „Rat aus erster Hand — Bundesluftschutzverband“ wurde allen Teilnehmern ein Waschtzettel ausgehändigt.

NIEDERSACHSEN

Der BLSV geht in die Volkshochschule

Mit drei interessanten Vortrags- und Diskussions-themen beteiligt sich die Kreisstelle Fallingbostal des BLSV (Bezirksstelle Lüneburg) am Arbeitsprogramm für das Winterhalbjahr 1962/63 der Volkshochschule Walsrode. Kreisstellenleiter Senkbeil gestaltet mit folgenden Beiträgen die „Mitbürgerliche Vortrags- und Diskussionsreihe“:

„Ursachen und Auswirkungen großer Katastrophen sowie vorsorgende Schutzmaßnahmen“

„Das Für und Wider zur Atomfrage“ (mit Filmvorführungen),

„Der Selbstschutz der Bevölkerung einschließlich Schutzraumprogramm“.

In der Einleitung des Winterprogramms würdigt VHS-Leiter Dr. Binn die Bereitschaft des BLSV mit folgenden Worten: „Gerade weil sich in der VHS Menschen aller Berufe und jeden Alters treffen, hat sie Aussicht, eine der wenigen Möglichkeiten zum ‚mitmenschlichen Gespräch‘ zu bleiben. Um dieser Sache zu dienen, haben sich die Volkshochschule Walsrode, die Jugendvolkshochschule (JVHS), Arbeit und Leben, Verkehrswacht Walsrode, die VHS Rethem und der Bundesluftschutzverband zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden.“ Man hat also rechtzeitig erkannt, daß die Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes für alle Schichten des Volkes ebenso wichtig sind wie beispielsweise die Themen Verkehrspraxis, die Entwicklung der Sowjetunion etc. Der BLSV hat eine wertvolle Ergänzung zu dem VHS-Themenkreis beigetragen. Walsrode sollte ein Beispiel sein...

BREMEN

10 Jahre Ortsstelle Bremerhaven

Bereits mit der Gründung des Bundesluftschutzverbandes Ende 1951 begann die damals noch in Bremerhaven „residierende“ Landesstelle Bremen, Bremerhavener Bürgerinnen und Bürger für den Gedanken des Selbstschutzes zu interessieren. So konnte der am 1. Oktober 1952 eingesetzte Ortsstellenleiter mit 14 BLSV-Helfern eine planvolle Aufbauarbeit beginnen. Nach zwei Jahren intensiver Werbung stieg die Helferzahl auf das Dreifache.

Mit der Übernahme der Ortsstelle Bremerhaven durch den jetzigen Landesstellenleiter Ludwig Müller im Februar 1955 setzte eine planmäßige Kontaktpflege mit örtlichen Behörden, Organisationen, Vereinen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ein.

Seit dem Jahr 1956 konzentrierte sich die Arbeit der Ortsstelle auf die organisatorische Aufgliederung des Stadtgebietes nach selbstschutztaktischen Gesichtspunkten. Dabei mußte der ehrenamtliche Sachbearbeiter für Organisation mit dem Sachbearbeiter für Bau und Technik Hand in Hand arbeiten. Unzählige Ortsbegehungen waren erforderlich, um die notwendigen Unterlagen zu schaffen. Die Brandbelastung der einzelnen Häuser, das Problem der Schutzunterkünfte für ihre Bewohner, die Festlegung günstiger Rettungswege und andere Schutzfaktoren mußten berücksichtigt, Pläne gezeichnet und Listen aufgestellt werden. Die Berichte über die hierbei gewonnenen organisatorischen und personellen Erfahrungen konnten weiteren Ortsstellen im Bundesgebiet Anregungen geben. Daher wurde Bremerhaven „Modellortsstelle“.

Mit dem Fortschreiten des organisatorischen Aufbaus des Selbstschutzes gewann das Problem der Ausbildung an Bedeutung. Weitere Luftschutzlehrer und Ausbilder konnten eingesetzt und der Ausbildungstrupp personell ergänzt werden.

Mit 142 BLSV-Helfern konnte 1959 die Aufstellung und Ausbildung von Selbstschutzzügen begonnen werden.

Bis zum Ende des Jahres 1960 war es gelungen, 170 Helfer für die Betreuungsarbeit im Selbstschutz zu gewinnen. Zur Zeit verfügt die Ortsstelle Bremerhaven über 310 Helfer, die es als Selbstverständlichkeit betrachten, sich auch als Selbstschutzführungskräfte zu betätigen.

Das Geheimnis der erfolgreichen 10jährigen Tätigkeit der Ortsstelle Bremerhaven liegt nicht so sehr in den Einzelleistungen begründet, sondern vielmehr darin, daß die Helferinnen und Helfer mit konkreten Aufgaben betraut wurden und hierdurch von der Notwendigkeit ihrer Mitarbeit im Selbstschutz überzeugt waren.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Zur Aufklärung der Bevölkerung

Auf Grund der allgemeinen weltpolitischen Lage führte die Landesstelle eine Dienststellenleiter-Besprechung für die Bezirksstellenbereiche Arnsberg und Düsseldorf in der Schule Körtlinghausen durch.

Die Tagung erhielt ihre besondere Bedeutung durch die Anwesenheit des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes des BLSV, Ltd. Regierungsdirektor Fritze, sowie Referent Dinger und Hauptsachgebietsleiter Schipke.

Nach kurzer Begrüßung der Teilnehmer und Einführung in die Tagung durch den Landesstellenleiter Ketteler nahm Ltd. Regierungsdirektor Fritze zu folgenden Themen das Wort:

„Der Bundesluftschutzverband, sein gesetzlicher Auftrag und das Arbeitsergebnis bis 1962 — Ein Rückblick.“

„Die neue LS-Gesetzgebung und ihre Anforderungen an den BLSV-Haushalt 1963.“ Die Kuba-Krise — so führte Ltd. Regierungsdirektor Fritze eingangs aus — habe gezeigt, wie notwendig in der heutigen Zeit eine Beratung der Bevölkerung sei. Jede Krise dieser Art löse Fragen nach der persönlichen und sachlichen Seite aus und habe zwangsläufig Beunruhigungen zur Folge. Die Erfahrung habe abermals gezeigt, daß zuerst stets die Dienststellen und Mitarbeiter des BLSV gefragt werden. Eine erschöpfende und vor allen Dingen beruhigende Auskunft sei deshalb erste und wichtigste Aufgabe. Der BLSV sei durch seine Organisationsform in der Lage, bis ins einzelne Haus wirksam zu werden. Deshalb könne er in solchen Situationen beratend und beruhigend tätig werden. Hier ergebe sich für ihn eine echte Aufgabe von erheblicher staatspolitischer Bedeutung. Dies setze allerdings voraus, daß alle Dienststellen in der Aufklärung, in der Beratung und in der Organisation ganze Arbeit leisten, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können. Auch die kommende Notstandsgesetzgebung werde an den Bundesluftschutzverband neue Anforderungen stellen. Hier können die auf uns zukommenden Aufgaben nur gelöst werden, wenn die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Die klaren und eindeutigen Ausführungen und Vorschläge von Ltd. Regierungsdirektor Fritze über neue Methoden in der Aufklärung, Ausbildung und Beratung fanden den Beifall aller Tagungsteilnehmer.

Besondere Beachtung fand der Vortrag des Majors Bitzer „Nationale Verteidigung im Rahmen der NATO“. Hier wurde deutlich, wie notwendig die Verzahnung der Aufgaben der aktiven Verteidigung mit denen des zivilen Bevölkerungsschutzes ist.

Referent Dinger gab einen Rückblick über die Arbeitsergebnisse in Aufklärung und Werbung und einen Ausblick auf die Plannungen der Bundeshauptstelle.

Durch einen Arbeitsausschuß erfahrener Praktiker wurden die bevorstehenden Maßnahmen erarbeitet und anschließend das Arbeitsergebnis mit den Tagungsteilnehmern erörtert sowie durch entsprechende Festlegungen als Arbeitsaufgabe an die Dienststellen gegeben.

Die Tagung wurde durch einen umfangreichen Bericht des Landesstellenleiters Ketteler über Arbeitstagungen, Besprechungen und Vereinbarungen auf Landesebene beschlossen.

Der Sprecher der Tagungsteilnehmer brachte zum Ausdruck, daß durch diese Zusammenkunft und die hier erörterten Themen der Ernst der Situation und die Verantwortlichkeit jedes einzelnen Helfers angesprochen seien. Dies werde für jeden echten Helfer Ansporn sein, sich seines Auftrages im Sinne des LS-Gesetzes und im Dienste an der Gemeinschaft zu entledigen.



auch im Ernstfall **LICHT**
mit der neuen
ganz aus bruchsicherem
Kunststoff hergestellten

Eisemann
HANDELEUCHTE

mit der jahrelang haltbaren
Nickel-Cadmium-Batterie

EISEMANN GMBH · STUTTGART

Vertrieb über die BOSCH-Organisation und den Fachhandel

NORDRHEIN-WESTFALEN

Ehrendenken für verdiente BLSV-Helfer

Gelegentlich der vorgenannten Arbeitstagung in Körtinghausen wurden folgende Helfer mit der Goldenen Ehrennadel des BLSV ausgezeichnet:
Dipl.-Ing. Potthast, Ortsstelle Herne (ehrenamtlich)
Architekt BdA Thiele, Kreisstelle Dinslaken (ehrenamtlich).
Regierungsoberinspektor Capelle, Kreisstelle Düsseldorf-Mettmann (ehrenamtlich)
BLSV-Ortsstellenleiter Miether, Ortsstelle Siegen (hauptamtlich)
Ltd. Regierungsdirektor Fritze nahm diese Ehrung persönlich vor und würdigte in anerkennenden Worten die Leistungen der Helfer und ihre Treue zum Verband.

HESSEN

Rückblick und Ausblick

Das sich jetzt dem Ende zuneigende Jahr hatte dem Bundesluftschutzverband die verantwortungsvolle und schwere Aufgabe gestellt, den Aufbau einer wirkungsvollen Selbstschutzorganisation einzuleiten. Durch den tatkräftigen Einsatz unserer Helfer ist es im Bereich der Landesstelle Hessen gelungen, ein gutes Stück auf diesem Wege voranzukommen. Das ernsthafte Bemühen des Bundesluftschutzverbandes, die Bürger der Bundesrepublik mit der Notwendigkeit des Selbstschutzes und des Aufbaues einer solchen Selbsthilfeorganisation bekannt zu machen, wur-

de von der hessischen Presse und dem Rundfunk in dankenswerter Weise unterstützt. In öffentlichen Aufrufen wiesen die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Behördenleiter immer wieder darauf hin, daß die eingehende Unterweisung der Bevölkerung im Selbstschutz unerlässlich sei. Und gerade diese Unterstützung gab unseren Helfern die Kraft, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen.

Es ist jetzt das Ziel der Landesstelle, durch verstärkte Zusammenarbeit mit den hessischen Verbänden und besonders mit den örtlichen Vereinen, weitere Selbstschutz- und BLSV-Helfer zu gewinnen. Diese Aufgabe wird in den nächsten Monaten den vollen Einsatz unserer Dienststellen mit all ihren Helfern und Helferinnen erfordern. Meinen Dank für die im jetzt ablaufenden Jahr im Interesse der Allgemeinheit geleistete Aufbauarbeit verbinde ich mit dem dringenden Wunsch, daß sich unsere Helfer und Helferinnen auch diesem Aufgabengebiet mit der bisher so bewährten Einsatzfreudigkeit widmen mögen. Die Ereignisse der letzten Wochen haben uns mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, wie notwendig die Aufklärung der Bevölkerung in Selbstschutzfragen ist und auch bleiben wird.

Indem ich allen unseren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen nochmals von Herzen für ihren selbstlosen Einsatz danke, verbinde ich meine besten Wünsche für ein frohes Weihnachtsfest mit der Hoffnung auf ein friedliches und glückhaftes neues Jahr.

gez. Heldmann
(Landesstellenleiter)

BADEN-WÜRTTEMBERG

Journalisten diskutieren

Ein überaus erstaunlich großes Echo fand in der Stuttgarter Tagespresse ein Vortragsabend, zu dem die Deutsche Journalisten-Union die BLSV-Ortsstelle Stuttgart eingeladen hatte und bei dem wunschgemäß über das Thema „Hat Luftschutz im Atomzeitalter noch einen Sinn?“ referiert wurde.

Zeitungen mit einer Auflage von insgesamt etwa 1 Million brachten unter breiten Überschriften wie:

„Behelfsschutz das Sinnvollste“

„Stuttgarter Bunker werden instand gesetzt“

„Auch Teilschutz ist sinnvoll“

Berichte, die zwar von der Unbeliebtheit dieser Fragen in der Bevölkerung sprachen, aber absolut positiv kommentiert wurden und vom Standpunkt der Werbung aus als ein Erfolg für den Luftschutzgedanken zu werten sind.

Das Fazit, das aus dieser Veranstaltung gezogen werden kann, ist, daß mit einem gut vorbereiteten „Team“, das fachlich vorgebildet und das sattelfest in unserer Materie ist, meinungsbildende Organe wie Presse, Funk usw. für eine sachliche und positive Berichterstattung geworben werden können.

Dadurch werden immer größere Bevölkerungskreise mit unseren Anliegen und unseren Forderungen nach Schutz vertraut gemacht und der Selbstschutzgedanke weithin verbreitet.



Für den individuellen Strahlenschutz

liefern wir Dosisleistungsmesser von großer Präzision und ausgesuchter Qualität für radioaktive **Korpuskular- und Quantenstrahlung**. Die zweckdienliche Kombination von einem sogenannten **Grundgerät** und anschließbaren **Zählrohrsonden** ermöglicht die Messung sowohl von hohen als auch niedrigen Strahlungsintensitäten.

Unsere Geräte eignen sich wegen ihrer hohen Empfindlichkeit und reichhaltigen Zubehörs für **Strahlenschutzmessungen** in Industrie, Labor, Forschung, Medizin sowie für Aufsichtsbehörden, Katastropheneinsatz und **Luftschutz**.

Empfehlenswerte Zusammenstellungen:
Dosisleistungsmesser mit kleinem Zubehör,
Dosisleistungsmesser mit großem Zubehör.
Bitte fordern Sie ausführliche Informationen an.

Graetz - Raytronik GmbH., 599 Altena/Westfal.